Nr. 45. Halle (Saale), Freitag, den 22. Februar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Bezieher. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3 — Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld für monatl., wenn die Zustellung vom Postamt erfolgt.

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage. 9 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16105.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werkt. 4-5 Uhr. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Die neuen Friedensverhandlungen.

Die Unterwerfungsurkunde eingetroffen.

Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier, der vorgestern die deutschen Linien passiert hatte, traf gestern abend in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Funkspruch wörtlich übereinstimmt, ist von Lenin und Trotzki gezeichnet. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgesandt werden dürfte, werden nach Beratungen gepflogen werden. Inzwischen hat sich gestern abend Staatssekretär v. Kühlmann über Wien nach Bukarest begeben.

Verhandlungen erst in einiger Zeit.

Berlin, 22. Februar. Wie die Nordd. Allgem. Ztg. mitteilt, ist der Beginn der neuen Verhandlungen mit den Russen erst in einiger Zeit zu erwarten. Der Staatssekretär von Kühlmann werde deshalb die Zwischenpause benutzen, zunächst als deutscher Bevollmächtigter die Verhandlungen über den Friedensschluß mit Rumänien zu führen.

Die Taktik gegenüber Rumänien.

Berlin, 22. Februar. Wie die Presse erfährt, werden in der rumänischen Hauptstadt v. Kühlmann und Graf Czernin ihre Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten General Avarescu beginnen, um möglichst bald unser Verhältnis zu Rumänien zu klären. In einem Blatt heißt es: „Unsere Regierung wird den Rumänen für die Verhandlungen nur so viel Spielraum gestatten, wie ihn die sachlichen Schwierigkeiten unbedingt erfordern, und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gewillt ist, die Forderungen, die sie billigerweise stellen kann, durchzudrücken. Wenn die Verhandlungen durch die Schuld der Rumänen scheitern sollten, so werden sie die Folgerungen zu ziehen haben." — Nach dieser bequemen Auffassung würde es sich also nicht um Verhandlungen mit Rumänien handeln, sondern um ein Diktat!

Auch Oesterreich für Schroffheit. Wien, 21. Februar. Die Wiener Mittagszeitung vom 20. Februar bringt folgende offenbar inspirierte Mitteilung: Was Rumänien betrifft, so ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Rumänen der realen Sachlage Rechnung tragen und die Konsequenzen aus ihren Niederlagen besonders hinsichtlich der berechtigten bulgarischen Forderungen ziehen wollen. Für uns ist die Angelegenheit nicht brennend. Wenn Rumänien, dem der Frieden unabweisliches Bedürfnis ist, geneigt ist, auf vernünftiger Basis zu verhandeln, wird es uns bereit finden, wie uns die Bolschewisten bereit fanden, denen gegenüber wir wohl das Höchstmaß von Geduld bekundet haben. Gedenkt Rumänien anders vorzugehen, so hat es sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Die Rumänen sind es, die um die Einleitung von Verhandlungen ersuchen.

Das Londoner Abkommen aller Ententemächte, nur gemeinsam Frieden zu schließen. London, 21. Februar. Die Times melden: Die Regierungen Englands und Frankreichs haben Rumänien mitteilen lassen, daß sie Rumänien aus dem Londoner Abkommen gegen einen Separatfrieden, das eine Kollektivverpflichtung aller Alliierten in sich schließe, nicht entlassen könnten.

•

Reichstagsausschuß und Ukraine.

Der Friedensvertrag mit der Rada gegen die Stimmen der Unabh. Soz. angenommen.

Der Reichstag hat den Friedensvertrag mit der ukrainischen Rada dem Hauptausschuß des Reichstages zur Vorberatung überwiesen. In der Mittwoch-Sitzung wurden zunächst wirtschaftliche Fragen des Friedensvertrages verhandelt. Ministerialdirektor Körner erklärte, daß ein Handelsvertrag innerhalb des Friedensvertrages nicht abzuschließen ging. Auch ein längeres Provisorium als bis Ende Juli 1918 war nicht zu erreichen. Die Menge der vorhandenen Vorräte sei zwar nicht festzustellen gewesen, wird aber als sehr groß geschätzt. Wie der Unterstaatssekretär Goeppert dann erklärte, liegen die Schwierigkeiten vor allem beim Transport. Mehr als 300 000 Tonnen würden monatlich auf dem Wasserwege nicht verfrachtet werden können. Genosse Dr. Cohn brachte zur Sprache, daß die Ukrainer militärisch völlig ausgerüstet in die Heimat gesandt werden. Das sei unzulässig und bringe sie in bezug auf den Fahnereid in schwere Konflikte. Abgeordneter Roske bezweifelt es, daß die deutschen Behörden Kräfte zum Verteidigungskampf heranbilden, und der Konservative Dr. Rösicke erklärte, die Ukrainer seien jetzt unsere Verbündeten und mußten mit uns gegen die Bolschewiki zum Schutze des Getreides kämpfen.

Soll der Reichstag überhaupt abstimmen dürfen? Vor der Abstimmung über den Friedensvertrag erörterte der Ausschuß die Frage, ob verfassungsgemäß die Zustimmung des Reichstages zu dem Vertrage in allen seinen Teilen notwendig sei. Mit Ausnahme der Vertreter der Konservativen und der deutschen Fraktion erklärten sich die Ausschußmitglieder für die Zuständigkeit des Reichstages. Direktor im Auswärtigen Amt Krieger führte aus, praktische Gesichtspunkte hätten dazu geführt, den ganzen Friedensvertrag dem Reichstag vorzulegen. Es sei kaum angängig, aus einzelnen Vertragsteilen einen Gesetzentwurf zusammenzustellen und diesen dem Reichstag vorzulegen. Indes solle durch die Vorlage des Friedensvertrages kein Präjudiz geschaffen werden, auch nicht in bezug auf die kaiserlichen Rechte. Das sei in der Begründung auch zum Ausdruck gebracht.

Es wurde dann zur Abstimmung geschritten. Die Annahme des Friedensvertrages und des Zusatzvertrages erfolgte gegen zwei Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten in Abwesenheit der Polen.

•

Abg. Genosse Ledebour hatte am Tage vorher im Reichstage ausgeführt: „Die Ukraine war bisher durch die zarische Regierung brutal unterdrückt; nun benutzt sie die erste Gelegenheit, um andere Leute zu unterdrücken, die nicht ihrer Sprache und ihrem Volke angehören (das polnische Cholmer Gebiet). Das macht es uns ganz unmöglich, einem solchen Vertrage unsere Zustimmung zu geben. — Und zu dem neuesten Angebot müssen meine politischen Freunde und ich uns die definitive Stellungnahme vorbehalten, bis wir klar sehen, welche Bedingungen denn zwischen den beiden nun natürlich neuerdings in Verhandlung tretenden Teilen über einen Frieden vereinbart werden. Sollten diese Bedingungen unserer Auffassung entsprechen, sollten sie zu einem wirklichen Verständigungsfrieden ohne Vergewaltigung, ohne Annektionen, auch ohne verschleierte Annektionen führen, dann werden wir selbstverständlich einem solchen Sonderfrieden unsere Zustimmung geben. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz. — Zuruf: Sonst nicht?) — Von dem Inhalt dieser Bedingungen hängt das aber vollständig ab. Wir würden einer Vergewaltigung anderer Völker, in welcher Form sie sich auch maskiert, niemals zustimmen können, da wir von einer solchen Vergewaltigung, die wir grundsätzlich überall bekämpfen, niemals einen Dauerfrieden erwarten. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Jeder Friede, der infolge ganz bestimmter unglücklicher Verhältnisse in einem Lande diesem Lande aufgezwungen wird, und der von dem betreffenden Volke dauernd als eine Vergewaltigung empfunden wird, läßt ewig einen Stachel in der Brust des Volkes zurück, wird ewig Revanchegedanken nähren und wird schließlich zu neuem Wettrüsten, zu neuen Kriegen führen müssen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die deutsche Regierung ist jetzt durch diesen Funkspruch auf die Probe gestellt, ob es ihr mit dem Frieden ehrlich ist, ob sie ehrlich den Frieden haben will. (Zurufe.) Gewiß! Ich hoffe, daß sie diese Probe gut besteht, nämlich dadurch, daß sie sofort auf einen Verständigungsfrieden eingeht und sofort den Einmarsch der Truppen in Rußland einstellt." (Zurufe.) Darin wird sich zeigen, wie der Friedenswille der deutschen Regierung gemeint ist." (Sehr richtig! bei den Soz.)

•

Ein Elsaß im Osten!

Die österreichische Sozialdemokratie lehnt die Kriegsmittel ab!

Wien, 20. Februar. Im Abgeordnetenhaus gab Abg. Götz namens des Polenklubs eine Erklärung ab, worin gegen die Abtretung Cholms an die ukrainische Republik und gegen die Nichtzulassung der polnischen Delegierten zu den Brest-Litowsker Verhandlungen protestiert wird. Die Verstümmelung des polnischen Landes bedeute einen Triumph des deutschen Imperialismus und eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes. Ueber das zu Polen gehörende Land habe nur der polnische Staat ein Recht zu verfügen.

Der ukrainische Abgeordnete Lewytzki begrüßte die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine. Die Ukrainer müßten jedoch gegen die Auffassung der Polen protestieren, daß der Friede auf Kosten des polnischen Volkes und des polnischen Gebiets von Cholm geschlossen worden sei, auf welch letzteres Gebiet die Polen ein Recht hätten.

Der tschechische Abgeordnete Winter kritisierte den Brest-Litowsker Vertrag und erklärte, die Grenzstreitigkeiten zwischen den Ukrainern und den Polen hätten einvernehmlich zwischen beiden Völkern gelöst werden müssen. Er protestiere gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Rußland, der nur bezwecke, die revolutionäre Bewegung in Rußland zu hetzigen. Er vertrete neuerlich die Forderung nach Beziehung von Vertretern der Völker zu den Friedensverhandlungen. Während seiner Rede ersahen die ukrainische Delegation in der Loge. Der tschechische Abgeordnete Soukup rief ihnen zu: Was macht Sewryuk hier? Hinaus mit dem jungen Burschen! Es ist ein Skandal, mit solchen Burschen Frieden zu schließen! Die ukrainischen Abgeordneten wandten sich mit Entrüstung gegen die Tschechen: Ihr seid eines freies Volk, ihr Tschechen, sich mit einem Skandal gegen einen Gastfreund zu wenden. Pfui, schämt euch! Es kam hierauf zu Auseinandersetzungen, so daß Winter seine Rede unterbrechen mußte.

Abgeordneter Weltner gab namens des Verbandes der deutsch-nationalen Partei eine Erklärung ab, worin er den Friedensschluß mit der Ukraine billigte und bedauerte, daß die Polen uneingedenk des für die Befreiung und Wiederherstellung des Königreichs Polen von den Mittelmächten gemeinsam vergossenen Blutes ihre nationalen Sonderinteressen den höchsten Interessen des Staates nicht unterordnen. Die Deutschen befürchten, daß diese Haltung der Polen auch einen Riß in das für die abschließende Einvernehmen aller Beteiligten von großem Nutzen notwendige Einvernehmen aller Beteiligten zum Schaden.

Abgeordneter Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) erklärte: Durch die Brest-Litowsker Verhandlungen sei das Vertrauen der Polen getötet worden. Künftighin werde zwischen Ukrainern und den Polen

ein Elsaß-Lothringen bestehen,

an welchem beide Staaten Jahrzehnte merklich bluten werden. Anstatt daß Oesterreich Polen und die Ukraine unter seinen Schutz genommen und den Austausch der sich gegenseitig ergänzenden Volkskräfte angebahnt hätte, hat es die ganze Führung dem Deutschen Reich abgetreten. Es liegt Größe in der deutschen Politik, wenn die deutschen Diplomaten der österreichischen Diplomatie das Heft aus den Händen gewunden haben. Redner zweifelt nicht, daß die Ueberschüsse aus der Ukraine nach Deutschland wandern werden, und wendet sich unter lebhafter Zustimmung der Polen und stürmischem Widerspruch links in heftigen Ausdrücken gegen das diesbezügliche Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen, wobei er vom Präsidenten mit der Bemerkung zur Ordnung gerufen wird, er könne es nicht zugeben, daß die Regierung des mit uns verbündeten Deutschen Reiches hier beschimpft werde. Daszinski schloß mit den Worten: Am 9. Februar, an dem der Friedensvertrag mit der Ukraine unterzeichnet wurde, ist der Stern der Habsburger am polnischen Himmel erloschen.

Abgeordneter Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat) verweist auf den Funkspruch der großrussischen Regierung und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die deutsche Regierung auch jetzt ihre früheren Bedingungen nicht als verfallen erklärt und sich zu keinen weiteren kriegerischen Operationen in das Innere Rußlands begeben werde. Wir fordern die Regierung auf, alles auf das Peinlichste zu vermeiden, was als Einmischung in die Angelegenheiten der Völker Rußlands betrachtet werden könnte und warnen insbesondere vor einem Eingreifen in den Streit zwischen Großrußland und der Ukraine. Bezüglich des Budget-Provisoriums erklärte Redner,

daß die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht für das Budget-Provisorium stimmen könne.

Sie kann es nicht tun, weil sie keine Lust habe, politisch oder moralisch irgend eine entfernte Verantwortung für diesen Krieg zu übernehmen. (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

•

Mit dieser Haltung vergleiche man einmal die Haltung der deutschen Scheidemann-Fraktion. Diese Regierungssozialisten bewilligten bisher alle Kriegskredite und sind drauf und dran, auch die jetzt wieder zu fordernden 15 Milliarden zu bewilligen.

•

England für Volksbefragung in Polen.

London, 21. Februar. (Reuter.) Graf Ladislaus Sobanski empfing vom Auswärtigen Amte ein Schreiben, in dem Balfour ihm als dem Vertreter des polnischen Nationalkomitees in London mitteilte, daß die englische Regierung ihren Agenten in Kiew aufgetragen habe, die Erklärung abzugeben, daß sie den kürzlich geschlossenen Frieden zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nicht anerkennnen, und daß England keinen einzigen Frieden anerkennen wird, an dem Polen interessiert ist, wenn dieses Land nicht vorher befragt worden ist.

Warschau wurde eine Geldbuße auferlegt. Die Voss. Ztg. meldet aus Warschau: Der Stadt Warschau wurde eine Geldbuße von 250 000 Mark zur Sühne für die von ihren Einwohnern begangenen Widersetzlichkeiten auferlegt.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. Februar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertätigkeit. Kleinere Erkundungsgefechte. An der Bahn Ypern-Roulers wurde eine englische Feldwache überrumpelt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn. In Estland wurde Hapsal genommen. Das erste Ostenregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Livland stießen unsere Kolonnen über Ronneburg, Wolmar und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjezna eingerückt. Von dort stießen sie bis nach Ljuzyn vor. Minsk wurde besetzt.

Heeresgruppe Linsingen. Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf wurden Fortschritte erzielt. In Kowagradwolinsk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen. Andere Kolonnen marschieren auf Dubno.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Vor der Offensive im Westen. London, 20. Februar. Bei Einbringung des Heeresetats im Unterhaus sagte Mac Pherson: Wir müssen auf eine baldige entschlossene feindliche Offensive vorbereitet sein. Alle Maßnahmen, um ihr zu begegnen, sind getroffen.

Wilson fordert Ueberprüfung der Kriegsziele. Wie die Blätter melden, soll Präsident Wilson in einer Note an die Alliierten den Wunsch nach einer Ueberprüfung der Kriegszielbeschlüsse der Versailler Konferenz ausgedrückt haben.

•

Französische Lebensmittelpolitik. Paris, 13. Februar. Der Ministerrat beschloß die vollständige Schließung der Schokolade- und Biskuit-Geschäfte, ferner ein Verbot der Verabfolgung von Brot, Butter und Käse in den Hotels. Weizen darf nur zu Brot verarbeitet werden. Noch weitere Bestimmungen werden in Kürze in Kraft treten. Der Verpflegungsminister schlug vor, den Restaurants die Abgabe von Speisen in der Zeit zwischen den Hauptmahlzeiten zu verbieten.

Französische Friedensfreundinnen. In einer würdigen Erklärung wandten sich unlängst die Lehrerinnen des Departements der Seine gegen die Verhetzung der Jugend durch chauvinistische Propaganda. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verbreitung des Hasses ebenso unwürdig wie gefährlich sei, die Dauer des heutigen Krieges verlängere, neuen den Boden bereite und die niedrigsten und gefährlichsten Instinkte wecke, was eine Verneinung der Prinzipien der Moral sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180222-13/fragment/page=0001

Preßstimmen zum Funkspruch.

Der Vorwärts schreibt:

So also stehen die Dinge: die russische Regierung ist bereit, die Bedingungen von Brest-Litowsk anzunehmen, sie legt aber selbst Gewicht auf die Feststellung der Tatsache, daß diese Bereitschaft nur die Folge des überraschenden deutschen Vormarsches ist. Durch diese Feststellung sucht sie zweierlei zu erreichen. Erstens will sie nach außen hin deklarieren, daß der Frieden, den sie zu schließen bereit ist, nach ihrer Auffassung kein Verständigungsfrieden ist. Und zweitens will sie sich nach innen Deckung schaffen, indem sie erklärt, nur einem übermächtigen Drucke weichend, einen Frieden zu unterzeichnen, den sie als imperialistisch bezeichnet hat. Auf alle Fälle ist die volle russische Friedensbereitschaft nur da, und es fragt sich nur noch, welchen Gebrauch die Regierung des Vierbundes von ihr zu machen gedenken. Darüber hat Herr v. Kühlmann gestern keine erschöpfende Auskunft gegeben. Die deutsche Regierung kann von Rußland nun alles haben, was sie auf der Konferenz von Brest-Litowsk von ihm gefordert hat. Diese Forderungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die ... verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden."

Der Verlauf dieser Schnittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Kurland, einen Teil Estlands und Polens von Rußland abschneidet. Czernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an.

Aus der letzten Sitzung, der vom 10. Februar, wurde dann berichtet:

Während von russischer Seite in diesen Sitzungen versucht wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene Neuführung seiner Westgrenze ausgesetzt wäre, wurde diese Auffassung von deutscher Seite unter mehrfacher Betonung, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Randstaaten handle, eingehend widerlegt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Zum Schluß erklärte Trotzki, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft, die sie erhalten habe. Sie halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen machen würden, werde sie im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und daraus die Antwort erteilen.

Auf die Frage des Staatssekretärs v. Kühlmann, auf welchem Wege dieser Gedankenaustausch erfolgen solle, entgegnete Trotzki, die russische Delegation habe von Brest-Litowsk aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt. Vor der Einleitung des Waffenstillstandes habe man sich durch Funksprüche verständigt, und außerdem befänden sich jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren könnten. Auf diesem Wege könne man eine Verbindung herstellen.

So ist nun wieder durch einen Funkspruch die Verbindung hergestellt worden. Die bolschewistische Regierung zieht die Folgerungen aus der von ihr selbst festgestellten Tatsache, daß ihr zum Kampf gegen einen äußeren Feind die erforderlichen Machtmittel fehlen. Sie kapituliert!

In diesem Augenblick erheben sich aber wieder heiser krächzende Stimmen, die rufen: „Frieden? Davon kann keine Rede sein! Litauen, Kurland, Polen? Nicht genug, nicht genug! Wir marschieren jetzt, marschieren wir weiter!" Offen tritt die Meinung hervor, Deutschland dürfe sich mit den Bedingungen von Brest-Litowsk nicht mehr zufrieden geben. Es müsse weitergehen und mindestens noch die Räumung von Estland, Livland, Finnland und der Ukraine verlangen. Andere wieder meinen, der Kampf gegen den Bolschewismus sei die Hauptsache, mit der bolschewistischen Regierung dürfe man überhaupt keinen Frieden schließen.

Eine Atempause im großen Totentanz des Ostens. Auch in England und Frankreich regen sich jetzt Stimmen der Besinnung. Aber die nationalistischen Geigen rasen toller und toller, als ob der Krieg die Welt überleben wollte und nicht die Welt den Krieg!

•

Preßstimmen der Unabhängigen sozialistischen Presse zu bringen, sind wir nicht in der Lage.

Rußland.

Der Schlag gegen die internationalen Kriegskapitalisten. Wie gemeldet, haben die Vertreter der mit Rußland verbündeten Staaten und der neutralen Staaten gegen die Annullierung der russischen Staatsschulden einen energischen Protest eingelegt. Dieser Protest hat wegen seines Inhalts und seines Tones bei der russischen Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Die russische Regierung erklärt, der Protest sei vollständig gleichgültig. — Um ein einmal erlassenes Dekret ungültig zu machen, bedürfte es anderer Maßnahmen. Auch die Forderung der Mächte, den ihren Untertanen durch die Annullierung entstandenen Schaden zu ersetzen, schrecke die Regierung ebensowenig, wie Drohungen.

Drohung nach England. Nach einer Times-Meldung hat die Petersburger Regierung an das englische Kabinett ein neues Ultimatum gerichtet, wonach mit der Festnahme englischer Staatsangehöriger gedroht wird, falls Litwinow nicht als Vertreter der russischen Regierung in London amtlich anerkannt werde.

Nikolaus Romanow möchte gern nach Frankreich. Die Times erfährt aus Petersburg, daß einige russische Großfürsten und Großfürstinnen eine Petition an die Regierung der Bolschewiki sandten, in der sie ersuchten, der Familie des Ex-Zaren zu erlauben, Tobolsk in Sibirien zu verlassen und nach Frankreich oder England zu gehen. Sie erklären, daß alle Gerüchte über eine Teilnahme an Verschwörungen zur Wiederherstellung der Monarchie unrichtig sind und verzichten auf alle Rechte auf den Thron. — Wie sich die Dinge doch in der Welt wenden! Hunderttausende unschuldig Verbannte haben bisher immer den Zaren, aus der Hölle Sibirien herausgelassen zu werden — Nikolaus lehnte ab. Nun bittet er selber. . . .

Die Versenkungen eines Jahres.

Berlin, 21. Februar. Im Monat Januar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt 632 000 Br.-R.-T. des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden. Damit beläuft sich das Ergebnis des ersten Jahres uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 9590 000 Br.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Schiffsversenkungen. Berlin 21 Februar. Amtlich. Der unermüdlichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen an der englischen Westküste letzthin fünf Dampfer und zwei Segler zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer Mexico Ctm. 5078 B.-R.-T., der englische Dampfer Sofie und ein etwa 5000 B.-R.-T. großer Dampfer, ersichtlich vom Einheitstyp. Die beiden Segler waren Zweimastschoner, der eine englischer, der andere französischer Nationalität, letzterer namens Marie Madelaine. Eines der U-Boote hat zwei bewaffnete Frachtdampfer durch Artilleriefeuer beschädigt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 21. Februar. Nach den Angaben der englischen Admiralität sollen in der vergangenen Woche 12 Schiffe über und drei unter 1600 Tonnen, sowie ein Fischdampfer versenkt worden sein.

Reuter meldet aus Paris: Der Dampfer Dives wurde am 1. Februar zwischen Marseille und Bouaie torpediert. Unterseeboote wurden nicht gesehen. Es waren 359 Passagiere an Bord, darunter 301 Militärpersonen, sodann 55 Seeleute. 110 Personen werden vermißt.

Pluralrecht und zwangsweises Wählen!

Die Ausschußberatung der Wahlrechtsvorlage.

In der Donnerstagsitzung des Landtags-Ausschusses beantragten die Konservativen, einen neuen § 3f einzufügen. Hiernach soll jeder Wähler verpflichtet sein, seine Stimme abzugeben und nur ernste Erkrankung, unaufschiebbare und wichtige Geschäfte sollen davon entbinden. Wer unentschuldigt seine Stimme nicht abgibt, soll die halbe Einkommensteuer, mindestens aber 10 Mk. Strafe zahlen. Gegen die Höhe sei Beschwerde beim Regierungspräsidenten zulässig.

Der nationalliberale Wahlpflichtantrag setzt die Steuer auf 1—60 Mk. und auf den dreifachen Steuerbetrag fest.

Minister des Innern Dr. Drews bezeichnet die Wahlpflichtfrage als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Feststellung der Entschuldigungsgründe werde immer schwierig sein. Die Regierung sei in erster Linie gegen die Wahlpflicht, wolle der Ausschuß sie aber einführen, so sei der konservative Antrag vorzuziehen.

Ein Fortschrittler wünscht, daß die Wahlen stets an einem Sonntag stattfinden. Damit man sich über die Folgen klar werden könne, stimmen die Fortschrittler auch für den Grundsatz der Wahlpflicht.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen spricht sich der Ausschuß grundsätzlich für die Wahlpflicht aus und überweist die vorliegenden Anträge einem Unterausschuß.

Einer konservativen Anregung auf Anlegung ständiger Wählerlisten tritt der Sozialdemokrat entgegen. Dieser Antrag laufe wiederum auf eine Schmälerung des Wahlrechtes für große Teile der Bevölkerung hinaus, namentlich werde das fluktuierende Element dadurch geschädigt, denn wenn ständige Wählerlisten eingeführt werden, so wird die Folge die sein, daß jemand, der zwar sonst alle Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt, aber am Tage der Auslegung der Listen noch kein Jahr in der Gemeinde wohnt, sein Wahlrecht verliert, obwohl er am Tage der Wahl selbst die Vorbedingung der einjährigen Aufenthaltsdauer erfüllt hat. Am übrigen werde den Gemeinden daraus ein ungeheures Maß von Arbeit erwachsen, wenn sie neben den Gemeindewählerlisten noch fortlaufend besondere Landtagswählerlisten aufstellen müssen.

Ein Ministerialdirektor berichtet, daß er bei seinen jahlreichen Revisionen nach niemals eine richtig aufgestellte Gemeindewählerliste gefunden habe.

Auch diese Frage wird dem Unterausschuß überwiesen. — Darauf werden die wahltechnischen Bestimmungen der §§ 5—14 angenommen, nur § 14 wird durch einen nationalliberalen Zusatzantrag dahin geändert, daß jeder Wähler soviel Stimmzettel abzugeben hat, wie ihm Stimmen zustehen. Ein fortschrittlicher Antrag, der die Wählbarkeit wie bisher schon nach einjähriger Staatsangehörigkeit eintreten lassen will, während die Regierungsvorlage drei Jahre fordert, wird abgelehnt.

Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, daß die Regierung als Gegnerin des Pluralwahlrechts selbst keine Veranlassung habe, Anträge zu stellen, sie sei aber bereit, Auskunft zu geben, in welcher Richtung infolge des gestrigen Beschlusses gesetzgeberische Aenderungen erforderlich seien.

Ein nationalliberaler Antrag, wonach an der Bewegung verhinderte kriegsbeschädigte Wähler auf Kosten der Gemeinde in das Wahllokal zu befördern sind, wird dem Unterausschuß überwiesen.

Nunmehr wird die Frage des Verhältniswahlsystems besprochen. Ein fortschrittlicher Antrag will, wenn mehr als 200 000 Einwohner auf einen Abgeordneten kommen, für jede weiteren angefangenen hunderttausend Einwohner ein neues Mandat schaffen. Für Berlin mit 20 Abgeordneten, die Regierungsbezirke Posen mit 16, Bromberg mit 10 und Marienwerder mit 18 Abgeordneten sowie in 25 weiteren großstädtischen oder hochindustriellen Wahlkreisen soll die Verhältniswahl eingeführt werden, und zwar entsprechend den im Reiche geltenden Proporzbestimmungen.

Ein nationalliberaler Antrag will die Verhältniswahl für alle Wahlbezirke mit mehr als zwei Abgeordneten und für gemischtsprachige Wahlbezirke einführen, sofern mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist.

Ein Fortschrittler führte aus, daß seine Fraktion geteilter Meinung darüber sei, ob der Proporz für den ganzen Staat eingeführt werden solle. Es gäbe Fälle, in denen eine große Minderheit unberücksichtigt bleibe, besonders in großen Industriezentren und gemischtsprachigen Gegenden. Das System müsse sich an die neue Reichstagsvorlage anlehnen.

Minister Dr. Drews: Die Gründe für die Verhältniswahl haben sicherlich ein bedeutendes Gewicht, die Regierung dürfte geneigt sein, sich ihnen anzuschließen. Zweckmäßig wird dasselbe System wie im Reiche anzuwenden sein. Angebracht erscheinen die Verhältniswahlen dort, wo es sich um sehr dichtbevölkerte Wahlkreise handelt.

Ein Konservativer betont, daß seine Partei die allerschwersten Bedenken für das Verhältniswahlrecht habe, auch ein Zentrumsredner hat sehr große Bedenken.

Der Sozialdemokrat Hirsch erklärt, daß die Sozialdemokratie in ihrem Programm das Verhältniswahlsystem fordere, aber die Verhältniswahlen ganz allgemein und nicht etwa nur für bestimmte Bezirke. Die Vorlage, die anwendbarlichkeit dem Reichstag unterbreitet sei, bedeute einen Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Der nationalliberale und der fortschrittliche Antrag dagegen seien ganz anders zu bewerten, denn sie wollten die Verhältniswahl nur dort einführen, wo die Polen die Mehrheit haben und die Deutschen in der Minderheit sind, zweitens dort, wo in dichtbevölkerten Wahlkreisen die bürgerlichen Parteien in der Minderheit sind. Es handle sich also ganz zweifellos um

ein Ausnahmegesetz.

Wolle man den Anträgen diesen Charakter geben, dann müsse man die Verhältniswahlen auch dort einführen, wo die Sozialdemokratie eine starke Minderheit bilden.

Die Anträge gingen an den Unterausschuß, der auch die Wahlkreiseinteilung vorberaten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungsausschusses vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. In der nächsten Woche tritt das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

•

Die nationalliberalen Wahlrechtsfeinde.

Das gleiche Wahlrecht ist in der Kommission mit 20 gegen 15 Stimmen zu Fall gebracht worden. Unter den 20 Stimmen befanden sich vier nationalliberale, während zwei Nationalliberale für das gleiche Recht stimmten. Hätten die vier nationalliberalen Gleichheitsfeinde umgekehrt gestimmt, so wäre das gleiche Wahlrecht mit 19 gegen 16 Stimmen beschlossen worden. Die nationalliberalen Herrschaften können also stolz sein, daß sie es waren, die das Volk ums gleiche Wahlrecht brachten.

Wie gewaltig die Mehrheit der Feinde des gleichen Wahlrechts in der nationalliberalen Fraktion ist, das melden nationalliberale Blätter wie folgt:

Berlin, 20. Februar. Die nationalliberale Fraktion hat heute eine Sitzung abgehalten, die dem Zwecke galt, festzustellen, ob die Zusammensetzung der Ausschußmitglieder noch der Stimmung der Fraktion entspricht. Die Minister und Abgeordneten Dr. Friedberg und Dr. v. Krause sowie Unterstaatssekretär Schiffer nahmen an der Sitzung teil. Es wurde eine Abstimmung über das gleiche Wahlrecht nach der Regierungsvorlage vorgenommen und dabei festgestellt, daß 44 Gegner des gleichen Wahlrechts 25 Befürworter der Vorlage gegenüberstanden, was dem unter den Ausschußmitgliedern herrschenden Verhältnis 4 : 2 ungefähr entspricht.

Die angenehme Partei ist also in der wichtigsten innerpolitischen Frage, der Frage des gleichen Rechts, hoffnungslos gespalten. Trotzdem drei Minister in der Sitzung die Regierungsvorlage verteidigten, blieben die Feinde der Demokratie in der erdrückenden Mehrheit. Die Strafe wird nicht ausbleiben — vom Volke!

Politische Uebersicht.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Dem Reichstag wird bei seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage für Wahlreform im Reiche zugehen, die das Reichstagswahlrecht in bemerkenswerter Weise abändert. Es handelt sich um die Wahlkreiseinteilung die, wie man weiß, seit 1869 unverändert geblieben ist. Jetzt sollen die Wahlkreise, die ursprünglich durchschnittlich 100 000 Seelen zählten, aber inzwischen vielfach infolge der Industrieentwicklung zu gigantischer Größe angewachsen sind, wieder ein wenig in Ordnung gebracht werden. Die vorgeschlagene Reform ist nun nicht eine glatte Neueinteilung, so daß etwa jetzt Wahlkreise von 150 000 Seelen gebildet würden, sondern nur ein Stückchen Notgesetz. Die Wahlkreise, die weniger als 300 000 Einwohner haben, bleiben so, wie sie bisher waren. Die Riesenwahlkreise mit mehr als 300 000 Einwohnern erhalten in Zukunft für je 200 000 volle und jeder weitere Hunderttausend angefangene Einwohner einen Abgeordneten. Ein Wahlkreis mit 200 000 Einwohnern wird also durch die Vorlage überhaupt nicht berührt. Ein Wahlkreis mit 300 001 bis zu 400 000 Einwohnern erhält zwei Abgeordnete, ein Wahlkreis mit mehr als 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete usw. In diesen Riesenwahlkreisen sollen nun aber die Sitze nicht sämtlich der Partei zufallen, welche die meisten Stimmen hat, sondern nach der Verhältniswahl unter die Parteien verteilt werden. Chemnitz hatte bisher z. B. ein Mandat, das seit langem in sozialdemokratischen Händen war. Bei der letzten Wahl erhielten wir dort 42 000 Stimmen, die Nationalliberalen 16 500, die Konservativen 6800. Die Stimmenzahlen werden nun der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, je nach der Zahl der zu besetzenden Mandate, und die bei diesem Divisionsexempel jeweils höchste Stimmenzahl erhält das Mandat zugesprochen. In Chemnitzer Falle fiele das erste Mandat der Sozialdemokratie zu; teilt man aber die sozialdemokratische Stimmenzahl durch 2, so ergibt sie 21 000, und da an diese Zahl die bürgerlichen Stimmenzahlen ebenfalls nicht heranreichen, würde ihr auch das zweite Mandat zugesprochen werden. Hätten sich indessen Nationalliberale und Konservative auf einen gemeinsamen Kandidat geeinigt oder, was in Zukunft möglich sein soll, ihre Listen verbunden, so hätten sie zusammen 25 300 Stimmen gehabt, so daß das zweite Mandat ihnen und nicht der Sozialdemokratie zugekommen wäre. Dieses Verhältniswahlrecht wird in Zukunft demnach in allen großindustriellen Bezirken herrschen. Die Gesamtzahl der Mandate wird insgesamt um 14, von 397 auf 441 vermehrt. Wieviele von diesen Mandaten der Sozialdemokratie und wieviele den bürgerlichen Parteien zufallen werden, darüber vermöchte selbst auf Grund der Wahlergebnisse von 1912 nur eine sehr gründliche Nachforschung Klarheit zu schaffen. Nun ist aber nichts gewisser als dies: die Abstimmungsergebnisse von 1912 haben für die nächste Wahl, die nach der ungeheueren Umwälzung dieses Krieges stattfinden wird, nicht mehr die Bedeutung, die sonst frühere Wahlergebnisse für den nächsten Wahlgang haben. Wohl alle Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, daß die Erfahrungen dieses Weltkrieges — das ungeheure Unglück, das der Kapi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 22-13/fragment/page=0002

fallsmus über die Welt gebracht hat und vieles andere — die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bedeutend vermehren müssen.

Läßt sich also die Wirkung der neuen Wahlkreiseinteilung nicht vorhersagen, so liegen zwei Einwendungen gegen sie sofort auf der Hand. Einmal ist es augenscheinlich ungerecht, daß im offenen Gegensatz zu der ursprünglich festgelegten Gleichheit der Wahlkreise auch in Zukunft große und kleine Kreise nebeneinander bestehen werden. Wie bisher wird die Stimme des großstädtischen Wählers in vielen Kreisen weniger Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages haben, als die Stimme des Wählers aus irgendeiner agrarischen Gegend oder irgendeinem winzigen Kleinstaat. Ebenso ungerecht wie diese festgehaltene Ungleichheit ist die neue Ungerechtigkeit, das Verhältniswahlrecht nur auf die großstädtischen Bezirke und nicht auf die übrigen Wahlkreise zu erstrecken. Man schützt dadurch die kapitalistischen Minderheiten in den Großstädten und entrechtet die sozialistischen Minderheiten in den Kleinstädten.

Aus dem Hilfsdienstausschuß.

In der letzten Sitzung des Reichstags-Ausschusses für das Hilfsdienstgesetz wurden Petitionen erledigt. Bemerkenswert war davon die eines Hilfsdienstpflichtigen, der selbst von der militärischen Untersuchungskommission nur als 25 Prozent erwerbsfähig bezeichnet worden ist. Ein Hilfsdienstausschuß hat ihn dennoch verschiedenen Beschäftigungen zugewiesen, die er nicht antrat oder nach kurzer Zeit wieder verließ. Er wurde deshalb mit einer Geldstrafe bedacht. Das Kriegsamt will den Ausschüssen eine Anweisung für die Behandlung derart invalider Personen zugehen lassen. Bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wurde die Anregung für den Erlaß einer Verfügung, nach der die Tagesgelder für die Mitglieder der Hilfsdienstausschüsse nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden dürfen, wie das in Hessen geschehen ist. An Stelle des Genossen Dittmann ist jetzt Genosse Brandes Mitglied des Hilfsdienstausschusses.

Scheidemann hat wieder umgelernt.

In seiner „berühmten" Rede von den „politischen Kindsköpfen" und den „verrückten Grenzsteinen" am 6. April 1916 sagte der Abgeordnete Scheidemann:

„Wenn es gelingt, den Flamen im Friedensvertrage die Möglichkeit zu sichern, auf Grund ihrer eigenen Sprache auch ihre eigene Kultur zu pflegen, so frage ich: Ist das eine Vergewaltigung?"

In seiner jüngsten Rede im Hauptausschuß des Reichstages am 24. Januar 1918 sagte derselbe Scheidemann:

„Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das selbstständige flamische Zwischenspiel, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon! Die volle ehrliche Wiederherstellung Belgiens, auch seiner staatlichen Selbständigkeit, ist unsere Ehrenpflicht."

Es hat lange gedauert, bis Scheidemann entdeckt hat, was hinter der ebenso plötzlichen wie aufdringlichen Neigung, die manche Kreise den Flamen erwiesen, verborgen war. Und doch war es nicht allzu schwer — ein Beweis, daß es nicht immer die klügsten Geister sind, die gerne mit „politischen Kindsköpfen" um sich werfen.

Die Reichsanleihen.

Eine Anleihendenkschrift hat soeben der Reichskanzler dem Reichstag vorgelegt. Sie gibt eine Uebersicht über das bis zum 30. September 1917 auf Grund des Anleihekredits begebene Schuldkapital. Es waren bis insgesamt 95 Milliarden Mark. Davon entfallen 51 Milliarden Mark auf fünfprozentige Schuldverschreibungen, 23 Milliarden Mark auf unverzinsliche Schatzanweisungen, 4 Milliarden auf 4½proz. Schatzanweisungen usw. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß nach Abschluß der Denkschrift noch eine weitere Kriegsanleihe begeben wurde. Da bis zum 30. September 1917 rund 99 Milliarden Kredite vom Reichstag bewilligt waren, standen demnach noch etwa 14 Milliarden zur Verfügung. Das Reichsschuldbuch zeigt eine starke „fortschreitende Entwicklung". Die darin eingetragenen Forderungen erhöhten sich von 1½ Milliarden Mark am 30. September 1914 auf 12¼ Milliarden Mark am 30. September 1917. Der gesamte begebene Anleihekredit ist im Durchschnitt mit 4,96 Prozent zu verzinsen. Als Einnahmen, die auf die Anleihesumme bei der Anrechnung kommen, sind etwa 1½ Milliarden Mark verzeichnet. „Aus Anlaß des Krieges" waren bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1916 rund 79½ Milliarden Mark ausgegeben, davon allein 24¾ Milliarden Mark im Jahre 1916. Die Denkschrift enthält noch eingehende Darstellungen über die Gliederung der Zeichnungen der Kriegsanleihen. Die größten Beträge vermittelten hiernach die Privatbanken und Bankiers.

Schweden und Finnland.

Kein Eingreifen, aber Vermittlung.

Stockholm, 20. Februar. Ministerpräsident Eden erklärte in der Zweiten Kammer, die Regierung hege keinerlei Absicht, eine bewaffnete Intervention in Finnland zu unternehmen, falls das Recht und die Interessen Schwedens nicht Kränkungen ausgesetzt seien, die dazu nötigten. Die an gewissen Stellen in Schweden gewünschte Intervention erwecke starken Widerstand in breiten Lagern des schwedischen Volkes und würde eine finnische Staatsordnung, die ihren Erfolg schwedischen Waffen verdankte, unter dem Teile des finnischen Volkes sehr verhaßt machen, gegen welches diese Waffen gerichtet waren. Die schwedische Regierung habe nicht die Absicht, das bestehende Verbot gegen die Durch- und Ausfuhr von Waffen aufzuheben oder zu ändern. Die Regierung könne die Bildung von bewaffneten Korps auf schwedischem Boden nicht gestatten, aber Privatleute hätten die Erlaubnis erhalten, als Freiwillige in finnische Dienste einzutreten. Der Ministerpräsident teilte danach mit, daß Schweden bei einer Anzahl der europäischen Mächte die Initiative genommen habe zu einem diplomatischen Schritt in Petersburg betreffend die Räumung Finnlands durch die russischen Truppen. Die finnische Regierung erklärte aus Wasa, der Vermittlungsvorschlag der schwedischen Regierung sei unannehmbar und Waffenruhe unmöglich. Die Regierung müsse bedauern, daß jede Möglichkeit einer friedlichen Beilegung mithin ausgeschlossen sei.

Der Führer der Rechten, Lindman, forderte ein entschiedenes Eintreten Schwedens zugunsten Finnlands, während der Rechts-Sozialist Branting von der Regierung die Wahrung der unbedingten Neutralität verlangte und der Führer der radikalen Sozialisten Wennerström erklärte, das schwedische Volk wolle keinesfalls in den Krieg hineingezogen werden.

Stockholm, 21. Februar. Der finnische Gesandte Gripenberg hat gestern an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland eingreifen.

Soziales.

Wer kommt für die Kriegszuschläge zu den Renten auf?

Die Gewährung von Zulagen zu bestimmten Renten aus der Invaliden- und Unfallversicherung verursachte die Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften zur Abhaltung einer Protestversammlung in Leipzig. Die versammelten Referenten führten aus, daß die in den Bundesratsverordnungen versuchte Regelung der bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen gebotene Gewährung von Beihilfen an einen Teil der Rentenempfänger der Arbeiterversicherung durchaus unbefriedigend ausgefallen sei. Weiter sei es ganz ungerechtfertigt, mit den Kosten die Versicherungsträger zu belasten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen diese Belastung mit über 100 Millionen Mark „entschiedener Widerspruch" erhoben. Sie widerspreche den Grundsätzen der Billigkeit und wiederholten Beschlüssen des Reichshaushaltsausschusses und des Reichstages selbst. Da es sich bei den Rentenzulagen darum handelt, mit ihren Ansprüchen aus der Versicherung abgefundene Personen gegen Schädigungen zu schützen, die mit dem früheren Versicherungsverhältnis nicht im Zusammenhang stehen, sondern lediglich eine Folge des Krieges darstellen, so müssen diese Kosten entsprechend auch der bis zum Oktober 1917 von der Reichsregierung vertretenen Auffassung aus Reichsmitteln gedeckt werden. Es wird ersucht, die entsprechenden Bestimmungen der Bundesratsverordnungen aufzuheben. — Die Versicherten können sich dieser Forderung voll anschließen.

Ums tägliche Brot.

Die kommende Obstbewirtschaftung.

In einer Sitzung des Deutschen Pomologenvereins machte Oberregierungsrat v. Tilly, der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, bemerkenswerte Mitteilungen über seine Erfahrungen mit der Obstversorgung im vergangenen und über die Aussichten für das laufende Jahr.

Er führte aus, daß die Maßnahmen zur Sicherstellung der Obsternte 1917, insbesondere zur Herstellung von Brotaufstrichmitteln sich vollauf bewährt hätten. Reich, Staat und Gemeinden hätten nur in den Augen derer versagt, die glauben, daß sich jetzt dieselben Verhältnisse schaffen ließen, wie im Frieden. Den Handel habe die Reichsstelle nicht ausgeschaltet. Der Handel war frei bis zum 20. August 1917. Aber was sei die Folge gewesen? Kein Apfel kam auf den Markt, und die Marmeladenfabriken bekamen kein Obst zur Verarbeitung. Es mußte daher zur Zwangserfassung der ganzen Obsternte geschritten werden. Diese Maßnahme sei geglückt. An Brotaufstrichmitteln könnten wir insgesamt 7—8 Millionen Zentner verteilen. Bis zum 15. März d. J. kämen auf den Kopf und Tag 30 Gramm; vorausichtlich werde diese Verteilung bis zum Juli fortgesetzt werden können.

Ueber die Maßnahmen zur Sicherstellung der Obsternte 1918 sagte Herr v. Tilly: Kommte in diesem Jahre der Frieden, so habe er die Reichsstelle für Gemüse und Obst sofort ab. Er könne das, während andere Reichsstellen länger fortarbeiten müßten. Unter allen Umständen werden wir aber auch in diesem Jahre für genügend Brotaufstrichmittel sorgen und mit einer Zwangserfassung in dieser oder jener Form wieder vorgehen müssen. Demnach würde also, wie die politischen Verhältnisse sich auch gestalten mögen, an eine Rückkehr zur freien Volkswirtschaft auch auf dem Obstmarkt in diesem Jahre noch nicht zu denken sein.

Extra-Nahrung für Eheschließende. Das Lebensmittelamt in Bonn gibt jungen Eheleuten, wenn einer der Gatten wenigstens sechs Monate Bonner Einwohner war, eine einmalige besondere Lebensmittelzulage von 30 Pfund Kartoffeln, zwei Pfund Malzkaffee, zwei Pfund Weizenmehl, zwei Pfund Grieß, fünf Pfund Zucker, zwei Pfund Butter oder andere Fettigkeiten und zehn Eier.

Große Kohlenschiebungen in Bottrop. Auf der Zeche Bottrop bei Essen gelang es der Kriminalpolizei, umfangreiche Kohlenschiebungen aufzudecken. Mehrere hundert Waggons Kohlen wurden der Zeche entzogen, für die bei den Schiebern von den Empfängern der Kohlen als Gegenleistungen Lebensmittel, Kleidungsstücke u. dergl. in großen Mengen geliefert wurden, die dann ebenfalls wieder zu einem schwunghaften Handel dienten.

Für jedes Pferd ein Vermögen. In Aurich und in Oldenburg kam gelegentlich einer Hengstkörung ein Teil der Tiere auch zum Verkauf; für jedes dieser Tiere wurde ein Vermögen gefordert und von den Käufern auch anstandslos bezahlt. So gingen in Aurich junge Pferde für 17 000 Mark und etwas ältere Tiere für 20 000 Mark in anderen Besitz über. Im Oldenburg wurden noch weit höhere Preise verlangt und ohne weiteres bewilligt. So wurden einige Pferde zu 30 000 Mark, andere zu 40 000 Mark und einige sogar zu 48000 Mark verkauft. Auf beiden Märkten waren Interessenten aus ganz Deutschland und auch Händler aus Holland anwesend, die namentlich in Oldenburg die teuersten Tiere nach Holland ankauften. Wettgrenzen für gutes Pferdematerial gibt es heute nicht mehr.

Aus der Provinz.

Wo die Butter bleibt.

Nach einem Berichte des Hannov. Volkswillens verurteilte das Schöffengericht in Leer einen Butterhändler aus dem Kreise Leer zu 3000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte war Leiter einer Buttersammelstelle und hatte etwa 1300 Pfund Butter, die an ihn abgeliefert wurden, anderweit verwendet. Der Amtsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und eine Geldstrafe von 1000 Mark beantragt. Die bisherige Unbescholtenheit des Verurteilten rettete ihn vor dem Gefängnis. — Der Anzeiger für das Oberlehingerland schreibt unter der Spitzmarke Weltbauderfehn ohne Butter: Die Hamsterer haben es so weit gebracht, daß wir hier in fast keinem Geschäft Butter erstehen können. Fast alle Butter geht von hier nach auswärts: Oldenburg, Bremen, Hamburg und überall hin. Preise bezahlen die Hamster, die wir hier nicht anlegen können. Nun erfahren wir, daß die hiesige Polizei ein hiesiges Hamsternest ausgehoben und die vorhandenen Waren beschlagnahmt hat. Es war hier schon lange ein öffentliches Geheimnis, wie es hier gemacht wurde.

Na, so wird es überall gemacht. Das Volk leidet unter Fettmangel, weil gewisse Kreise der Bevölkerung in Butter schwelgen. Wenn auch nur ein nennenswerter Teil der Milch und Butter richtig erfaßt und verteilt würde, hätten alle genug, mindestens ½ Pfund Butter pro Kopf und Woche; den Bauern selbst bliebe dann doch überreichlich. Es scheint aber, man will diese gewissen Kreise nicht kränken, darum läßt man es gehen. Denn sonst ist nicht zu verstehen, weshalb man nicht schärfere Maßregeln ergreift. Gegen die Arbeiter ist man damit flugs bei der Hand.

•

Auch in einer Verhandlung vor dem Münchener Schöffengericht gegen gewerbsmäßige Schleichhändler wurde festgestellt, wie die Butterschiebungen vorgenommen worden sind. Nach dem Bericht der Münchener Post bezog der Café- und Konditoreibesitzer Glonner allein nachweisbar ohne Marken und Bezugsschein von der Butterhändlerin Elisabeth Schlemmer 52 Zentner (!), von der Kassiererin Rosa Müller 20 Zentner (!) Butter. Wie diese Schiebereien möglich wurden, wurde im Laufe der Verhandlung festgestellt. Die Bayerische Landesfettstelle hat für München die sogenannte Butterzentrale eingerichtet. Diese hat mit der Verteilung der Buttervorräte an die Großhändler des schwäbischen Molkereiverband beauftragt. Der Angestellte dieses Verbandes, der Kaufmann Hermann Kröner von München, wies an die Schlemmer ebenso wie an den Kaufmann Gustav Lipps ganz beträchtliche Mengen von Butter über das den genannten Personen zustehende Kontingent hinaus zu. So gab er an die Schlemmer 2220 Pfund, und pumpte sie dafür kräftig an, an Lipps 118 Zentner über das Kontingent hinaus ab. Die Butter wanderte von der Schlemmer aus zum größten Teil in Schleichhandelskanäle. 52 Zentner gab sie allein an Glonner ab.

In der Verhandlung wurde u. a. von dem Angeklagten Kröner und der Mitangeklagten Schlemmer behauptet, daß in München häufig so große Mengen von Butter am Lager gewesen seien, daß man sich genötigt gesehen habe, die Buttermengen nach Norddeutschland abzuschieben, um sie vor dem Verderben zu bewahren. Die Münchener Post schreibt dazu: „Diese Feststellung muß auf die Oeffentlichkeit um so aufreizender wirken, als man in München auch zu der Zeit, da diese Vorfälle spielten, ständig vorgeredet bekam, die vorhandenen Fett- und Buttermengen machten das sparsamste Haushalten jedes einzelnen zur unbedingten Pflicht. Hier wurde die Butter zentnerweise in Schleichhandelskanäle abgeführt und zu Wucherpreisen geschoben."

Die Schleichhändler, die auch noch mit zahlreichen andern Nahrungsmitteln Schiebergeschäfte gemacht haben, kamen ohne Gefängnisstrafe davon. Sie erhielten nur Geldstrafen. Wie mitunter in diesen Kreisen Geldstrafen aufgenommen werden, zeigt ein Vorfall in Berlin. Ein Schleichhändler wurde wegen Wuchers zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach dem Bericht des Berl. Tagebl. erklärte er lächelnd auf dem Korridor: „Soviel habe ich gestern abend verspielt und schon mal in einer Woche vertrunken!"

Merseburg. Leerstehende Wohnungen melden. Der Magistrat richtet an die Einwohnerschaft die Aufforderung, sofort mündlich oder schriftlich im Rathaus (Zimmer 16) zu melden, wenn eine leerstehende Wohnung nicht sofort wieder vermietet sein sollte oder jemand glaubt, wegen Einrichtung leerstehender Räume oder Gebäude zu Wohnzwecken sachdienliche Anweisungen machen zu können. Die Stadtverwaltung beabsichtigt mit dieser Meldung einen Ueberblick zu gewinnen über freigewordene oder leerstehende Wohnungen oder solche Gebäude, die sich möglicherweise zur Einrichtung von Wohnungen eignen.

Schkeuditz. Die Ausgabe der Brotmarken für die Zeit vom 26. Februar bis 3. ab und der Zuckerkarten und Milchkarten für Monat März erfolgt in der hiesigen Polizeiwache: Sonnabend, den 23. Februar d. J., vormittags 8 Uhr, für Nrn. 348—486, 9 Uhr für Nrn 487—625, 10 Uhr für Nrn. 626—764, 11 Uhr für Nrn. 765—903, 12 Uhr für Nrn. 904—1042, nachmittags 1 Uhr für Nrn. 1043—1181, Montag, den 25. Februar d. J., vormittags 8 Uhr für Nrn. 1182 bis 1320, 9 Uhr für Nrn. 1321—1459, 10 Uhr für Nrn. 1460 bis 1598, 11 Uhr für Nrn. 1599—1737, 12 Uhr für Nrn. 1738—1806, nachmittags 3 Uhr für Nrn. 1807—1945, 4 Uhr für Nrn. 1946 bis 2084 des Ausweisscheines zur Lebens- und Gebrauchsmittelkarte.

— Verkauf von Schnittnudeln und Marmelade. Die hiesigen Materialwarengeschäfte gehen Sonnabend, den 23. Februar d. J. auf jeden Quittungsabschnitt 34 I ¼ Pfund Schnittnudeln oder Teigraupen zu 15 Pfennig und am Montag, den 25. Februar d. J., ½ Pfund Marmelade zu 45 Pfennig auf jeden Abschnitt 35 A Stadt Schkeuditz der Lebens- und Gebrauchsmittelkarte blau, gelb, braun ab. Die Schnittnudeln oder Teigraupen können nur von dem Geschäft bezogen werden, welches die Quittungsabschnitte ausgestellt hat. Die bis einschließlich Montag, den 25. d. M., nicht eingelösten Quittungsabschnitte verfallen.

— Eine geringe Menge Petroleum ist der Stadt nochmals zugeteilt worden. In dem Geschäft von Gebr. Kleeberg hierselbst kann deshalb am Montag, den 25. Februar d. J., auf Petroleummarke 3 Stadt Schkeuditz ein viertel Liter Petroleum käuflich erworben werden. — Zusatzpetroleum für Heimarbeiter ist nicht vorhanden.

Modelwitz. Zwangsweise versteigert wurde vor dem Amtsgericht in Schkeuditz der Gasthof Modelwitz. Eigentümerin des Grundstücks war in einem gleichen Termin Frau Emilie Tehmann aus Leipzig geworden, die das Höchstgebot abgeben mußte, um ihre Hypothek zu retten. Der Wert des Anwesens ist katasteramtlich auf 90 000 Mark festgesetzt. Bei bietender blieb Herr Kaufmann Otto Heckt in Wahren für Brauerei Sternburg in Lützschena mit 83 000 Mark.

Sangerhausen. Einen schweren Verlust hat unser Genosse Robert Arndt erlitten. Seine Frau Anna ist nach langem schweren Leiden gestorben. Sie, die uns eine treue Genossin war, mußte in dieser schweren Zeit nicht nur für ihre Familie sorgen, sondern füllte auch als Vertreterin ihres Mannes den Lagerhalterposten treulich aus, bis sie die schwere Krankheit überfiel, deren Opfer sie nun geworden ist. Alle Genossen und Genossinnen von Sangerhausen trauern mit dem Gatten und Kindern um sie und werden ihrer stets in Ehren gedenken.

Halberstadt. In der Stadtverordneten-Sitzung wurde eine Erhöhung der Preise für die Benutzung der städtischen Badeanstalt beschlossen. Weiter wurde die Veranstaltung von Theatervorstellungen im Sommer erörtert. Es wurde berichtet, daß Theaterdirektor Vogeler in diesem Jahre keine Vorstellungen veranstalten könne. Es lagen aber Angebote des Theaterdirektors Ludwig aus Hagen zur Aufführung von Operetten und von einem Dessauer Theater-Ensemble für Schau- und Lustspiele vor.

Amtliche Wetteranlage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonnabend, den 23. Februar: Trübe, mild, zeitweise Regen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hemke; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Roth; Anzeigen Wilhelm Fricke; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Buchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Unsere Feld-Abonnenten

bitten wir in ihrem eigenen Interesse, Adressenwechsel schnellstens an uns direkt mitteilen zu wollen, damit unliebsame Störungen im Zeitungs-Versand vermieden werden.

Die Schuld an unpünktlichen Eintreffen der Zeitung, worüber seit einiger Zeit vielfach Klage geführt wird, tragen nicht wir, sondern die Postüberwachungsstellen oder sonst mit der Zeitungsausbändigung betraute Instanzen, sofern die Adresse noch richtig ist. Vom Verlag wird die Zeitung stets pünktlich versandt.

Verlag Volksblatt, Halle, Harz 42 44.

Nicht um Mist und Blei auf Gold gelöst zum Kriegen.

Matthäus.

18.1.18.

Goldankaufstelle: Franckestraße 5, Handelskammergebäude.
Geöffnet: Vormittags von 10 bis 12 Uhr.
4002

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 22-13/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7/8 Uhr. 4010

Heute, Freitag, zum 4. Male:

Der Mann seiner Frau

Operette in 3 Akten von Dr. Br. Decker und Robert Pohl.
Musik von **Rudi Gfaller,**
(Komponist von „Der dumme August").
Musikalische Hauptgesänge:

1. Frühmorgens wenn die Hähne krähen.
2. Mein lieber Schatz, solch Träume, die träumt man eben nicht.
3. Das sind die Hände, die kleinen, wie Lilien so weiss und so rein.
4. Brüderl, Brüderl, schwindle nicht!
5. Dort, wo einst ich gefunden hab mein Glück,
6. Mädel, Mädel, Du süsses Mädel mein.
7. Kängaruh, Kängaruh, hopse immersu.

Kasse von 10—1¼ und 4—6 Uhr.

Kantine II. Leuna-Werke Kantine II.

Morgen, Freitag, den 22. Februar 1918:
Die berühmten

Leipziger Krystallpalast-Sänger

Gegr. 1889. Leipzigs erste Herrengesellschaft. Gegr. 1889.
U. a.:

Die Marine siegt. | **Mod. Dienstboten.**
Oswin auf der Kohlensuche. | **Der schlaue Merkel.**

Anfang 8 Uhr. *2084 Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater. 4007

Gastspiel Max Walden-Gesellschaft.
Heute und folgende Tage, abends 7/8 Uhr:

„Der Soldat der Marie."

Operette in 3 Akten von Bernh. Buchbinder, Jean Kren und Alfr. Schönfeld. Musik von Leo Ascher.
Sonntag, 24. Februar, nachmittags 3½ Uhr: **Jugend- u. Familien-Vorstellung.**
Zum letzten Male:

„Der fidele Bauer".

Operette in einem Vorspiel und 2 Akten von Viktor Leon. Musik von Leo Fall.
Jeder Erwachsene ein Kind frei. 2 Kinder ein Billett.
Vorverkauf täglich 9—1 und 5—½7 Uhr.
— Sonntags ununterbrochen. —

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Sonnabend, 23. Februar, abends 8 Uhr:

Grosser bunter Abend

der Leipziger Meysel-Sänger.
Kinder haben keinen Zutritt.
4006 Die Geschäftsleitung.

Alte Promenade 11a — U.T — Leipzigerstrasse 88

Fernruf 5738. Fernruf 1224. 4011

Waldemar Psilander (als Schmied und als Fabrikherr) in: **Das zweite Ich** Drama in 3 Akten.

Erika Glässner in: **Gesucht ein Mann, der ein Mann ist.** Lustspiel in 3 Akten.

Erna Morena in: **Der Ring der Giuditta Foscari.** Filmspiel in 3 Abteilungen.

Trudes Geheimnis. Lustspiel in 2 Akten.

Ich suche eine Frau. Ulk in 1 Akt.

Heute und morgen noch, für jedes Goldstück eine Freikarte.

Stadt-Theater Halle

Sonnabend, 23. Februar 1918:
nachmittags 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung z. kl. Preisen.

Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.

4004 Abends 7½ Uhr:

Das Dreimäderlhaus.
Singspiel in drei Aufzügen von A. M. Willner und Heinz Reichert.
Musik nach Franz Schubert, bearbeitet von Heinrich Berté.

Sonntag, nachm.: Volksvorstellung.
Jahrmarkt in Pulsnitz.
Abends:
König für einen Tag.
(Erstaufführung).

3781 Achtung! Neu! Neu!

Altenburger Hof.

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**
Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Neue Kapelle! Neue Kapelle!

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.
Täglich: **Konzert** des **Damen-Streich-Orchesters „Haustein".**
3746 8 junge schneidige Damen!
Um regen Zuspruch bittet Frau **Elsa Both.**

Alte Promenade IIa. 4011

Fernruf 5738. Fernruf 5738.
Sonntag nachmittag von 3—5 Uhr!
Einmalige Vorführung des Riesenfilmwerkes

Wilhelm Tell.

5 Akte. Beginn pünktlich 3 Uhr.
Jugendliche haben Zutritt.

Wir verwandeln

sauber gewaschene, geplätt. u. gestärkte **Herrenwäsche,** durch präparieren in abwaschbare

Dauer-Wäsche

und berechnen für 4003
Kragen 50 und 75 Pfennig
Sofortige Lieferung.
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2, 1 Treppe, Ecke Sternstraße.

Vaterländischer Unterhaltungsabend

des Hallischen Hausfrauenbundes
in den **Thaliasälen.**
Freitag, den 1. März 1918, abends 8¼ Uhr:
Aus dem 1. Teil: Gesang, Frau Schmidt-Hagen: Gebet des Volkes von Hallwachs, Vogelhaushalt von Löwe. Deklamationen: Fräulein Käthe Weber: Deutsche Frauen von Freiau v. d. Horst, Musik der armen Leute von Seidel, Heinzelmännchen v. Kopisch.
Aus dem 2. Teil: Lustspiel in einem Aufzuge von Georg Irrgang. *2067

„Die Kochkiste".

Am Schlusse des Abends wird eine Anzahl Kochkisten verlost.
Eintrittskarten à 1 Mk., 60 Pfg. u. 30 Pfg. bei Heinr. Hothan, auf der Beratungsstelle, Rathausstr. 17 I u. im Bureau des Hall. Hausfrauenbundes, Gr. Steinstr. 16 I.

Germania-Lichtspiele, Triftstraße 22.

Ab heute: 4000
Maria Carmi in: **Küsse, die töten.**
Auf einsamer Insel. Spannendes und ergreifendes Drama.
— und das übrige Programm. —

Vereins-Anzeiger.

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag, den 22. Februar pünktlich abds. 7/8 Uhr, i. Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"

Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtstraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 24. Februar: Tageswanderung nach Landsberg. Abmarsch: 7 Uhr vom Walhalla.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von grünen Heringen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt: Der Verkauf wird am Sonnabend früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushalts kann zirka ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 65 Pfg. für das Pfund. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsscheine Nr. 13. Abschnitte 137. Auf diese Abschnitte werden nur grüne Heringe verabreicht. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 7001—10 500 und 63 001—67 000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 137 des Warenbezugsscheines 13 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Berichtigung!

Der Verkaufspreis der in den hiesigen Fischhandelsgeschäften zum Verkauf gelangenden grünen Heringe beträgt nicht 65 Pfg., sondern **75 Pfg. für das Pfund.**

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark!

Am Sonnabend, dem 23. d. M. erfolgt der Verkauf von Quark an folgenden Stellen: Milchhändler Ende, Delitzscher Straße 10, Milchhändler Schenkling, Forsterstraße 38, Milchhändler Schönherr, Grünstraße 12, Milchhändlerin Rander, Unterberg 7, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstraße 11, in letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine Nrn. 28 001—42 000. Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfund Quark auf den Abschnitt 2 des Einkaufscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 30 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 23. Februar werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nr. 3551—3650, um 9 Uhr Nr. 3651—3750, um 10 Uhr Nr. 3751—3850, um 11 Uhr Nr. 3851—3950, um 12 Uhr Nr. 3951—4050, um 1 Uhr Nr. 4051 bis 4150, um 2 Uhr Nr. 4151—4250, um 3 Uhr Nr. 4251—4350.

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Montag, den 25., Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. Februar 1918, in den von ihnen gewählten Geschäften, die sie nächstes Mal zum Verkauf erlangen werden, Gegenbuch vorzulegen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Preiswert erstandene Emaille-Waren

etwas beschädigt, bringe ich
sehr billig zum Verkauf: 4000

Schmortöpfe	Eimer	Waschbecken
Kochtöpfe	Essenträger	Wannen
Ringtöpfe	Reibeisen	Wasserkessel
Schöpflöffel	Kaffeekannen	Nachtgeschirre

Steinweg 45, **Sobel,** Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstrasse 3.

Nußbaum-Vertiko u. Kleiderschränke (echt und gestrichen), **Rohr-Lehnstühle, Plüschsofas, Steg- u. Ausziehtische, Schreibtische, Bücherschrank, Trumeau Spiegel mit Schränkchen, Bettstellen mit Matratzen** verkauft
Friedrich Pelleke, 4012 Geiststraße 25.

Blusen i. Tüll u. Seide, a. f. Konfirmandinnen. Seiden, Kleidchen für 6—8 jähr. Mädchen zu verkaufen. 3999 Triftstraße 7, II r.

Gebrauchte Möbel kauft und zahlt annehmbare Preise 3952
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, p.

Guterh. Möbel-Verkauf: 4005 **Kleiderschränke, Vertiko, Kommod., Damenschreibtisch, Kinderbettstelle m. Matratze, Servietisch, Wäscheschrank, viereckige Tische, Waschtische, Waschmaschine, Nachtschränkchen, kl. Aktenschrank, Bettstelle m. Matratze, 2-tür. Eisschrank, groß, Vo sterühdl, Regulator, rote Plüschgarnitur. E. Dippold,** Gr. Gosenstr. 12, Eing. Advokatenw.

Billard m. vollständ. Zubehör, Bierdruck-Apparat mit Büfett, Marmortische, Warenschränke, Fachregale, Ladentische verkauft
4012 Möbelhandlung, Geiststr. 25.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Inlandseier** wird am Sonnabend den 23. Febr. 1918 in der Talamtschule fortgesetzt. Zugelassen werden die Inhaber der Lebensmittelscheine 59 501 bis 68 500 vormittags von 8½ bis 11 Uhr und die Inhaber der Nummern 68 501—67 000 vormittags von 11—1 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 32 Pf. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch und Zurückgabe ist ausgeschlossen!

Halle, den 22. Februar 1918. **Der Magistrat.**

K. Weinrich,

Roßschlächterei,
Böllbergerweg 30, Teleph. 1876,
2437 zahlt für
Schlachtpferde
die höchsten Preise.

Gebr. Rosshaare kauft [3976
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, p.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Zeige hiermit an, daß meine Verlobung mit
Marie Schippikoch,
Halle (S.), Weingärten 41,
aufgehoben ist.
Ferdinand Buchholz,
*2085 Leuna-Werke.

Arbeitsmarkt

Erfahrene

Eisendreher, Eisenhobler und Maschin-Schlosser

für dringenden Heeresbedarf stellen ein 3748
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Raffineriestr. 43.

Tischler,
der selbständig arbeitet, und **Beizer** für sofort gesucht.
4012 Möbel-Handlung Geiststrasse 25.

Lohn- und Aschenfuhren werden angenommen. 4008
Advokatenweg 30. Tel. 5686.

Möbel-Transporte sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus 4001
Albert Aeckermann,
Thomasiusstraße 15. Tel. 5643.

Familien-Nachrichten.

Soz. Verein f. Halle-Saalkreis.
U. S. P. D.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Parteigenosse, der Aufseher

Paul Gräger,

im Alter von 57 Jahren gestorben ist. 4013
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmitt. 4 Uhr, auf dem Nordfriedhofe statt.

Todes-Anzeige.

Mittwoch, früh 11½ Uhr, entschlief sanft nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter
Anna Arndt
geb. Karst
im Alter von 40 Jahren.
Dies zeigt schmerzerfüllt im Namen aller Hinterbliebenen an 2066
Der tieftrauernde Gatte Robert Arndt.
Sangerhausen, 20. Febr. 1918.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 4 Uhr, aus der Leichenhalle aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 22-13/fragment/page=0004

Aus der Partei.

Sonne und Wind im Gesicht.

Der Wahlkampf in Niederbarnim, der in der letzten Woche mit Flugblättern und Versammlungen lebhafter eingesetzt hat, stellt die Unabhängige Sozialdemokratie vor große Schwierigkeiten. Die Fessel des Belagerungszustandes hindert unsre Partei in starkem Maße in der nötigen Agitation. Das erste Flugblatt wurde ihr vollständig verboten, das zweite mußte infolgedessen mit der größten Zurückhaltung abgefaßt werden. Den Versammlungsrednern und Leitern sind bestimmte, einschränkende Bedingungen auferlegt. Das alles trifft natürlich die Regierungssozialisten und die bürgerlichen Parteien — die Nationalliberalen und die Fortschrittler haben Kandidaten aufgestellt —, obgleich sie natürlich nach den Bestimmungen in gleicher Weise behandelt werden wie die Unabhängige Sozialdemokratie — unsere Partei am schlimmsten, da eben gerade ihre Politik es bedingt, daß sie unter solchen Bestimmungen sich nicht frei regen kann. Die Abhängigen werden nicht in die Lage kommen, daß ihnen Flugblätter verboten werden. Und dazu haben sie den großen Vorteil, ein tägliches Blatt für ihren Kampf zur Verfügung zu haben und einen Kandidaten, der stetig, unbehindert von militärischen Fesseln, zur Stelle ist, jederzeit zu den Wählern sprechen, jeden Augenblick in den Kampf eingreifen kann. Unser Kandidat aber, Genosse Dr. Breitscheid, hat am Montag nach Ablauf seines Urlaubs — der zudem nur durch allgemeine Bestimmungen, also nicht durch ihn beeinflußte besondere Entschließung der Militärbehörde bis zum 18. Februar verlängert wurde, als Armierungsarbeiter an die Front zurückkehren müssen. Alle Bemühungen um die Verlängerung des Urlaubs, alle Hinweise auf die Notwendigkeit, daß der Kandidat jetzt, da in weniger denn vier Wochen die Entscheidung fallen soll, im Wahlkreise sei, sind erneut geblieben, und die erneute Anstrengungen Erfolg haben werden, ist zweifelhaft. Das bedeutet eine erneute Verbesserung der Kampfbedingungen der Abhängigen. Wäre nicht die feste Ueberzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft von diesen Politikern des Grundsatz-Ausverkaufs und des Kuhhandels nichts wissen will, so könnten unsre Genossen in Niederbarnim angesichts aller dieser widrigen Umstände, wenn als schwerwiegendster der Mangel eines Tageblattes kommt (das Berliner Mitteilungsblatt, das sich kräftig in den Dienst des Wahlkampfes stellt, darf nur wöchentlich erscheinen), fast den Mut verlieren. So aber sind die Hindernisse natürlich nur dazu angetan, den Kampfeswillen und den Arbeitseifer aufs äußerste zu steigern. Die Genossen empfinden es welche Bedeutung diese Auseinandersetzung mit den Abhängigen für die deutsche Arbeiterbewegung im Reich hat, sie wissen, daß die Augen des gesamten klassenbewußten Proletariats, wie die des Bürgertums über die Grenzen des Reichs hinaus auf Niederbarnim gerichtet sind. Hier fällt am 14. März eine bedeutungsvolle, weit über die Grenzen des Wahlkreises hinaus wirkende Entscheidung und jeder, der den Namen Sozialdemokrat mit Recht führt, muß es empfinden und empfindet es, wie er in seinem Kreise und nach allen seinen Kräften dazu beitragen muß, daß diese Entscheidung ein Sieg des wahren Sozialismus, der grundsätzlichen Demokratie und des ernsten, unzweideutigen Friedenswillens werde, eine unzweideutige Absage an jene angeblichen Arbeiterpolitiker, die sich dazu hergeben, eine Annektionspolitik mit vertuschenden Resolutionen und Auslegungen, mit Kreditbewilligungen u. a. m. zu verhüllen und zu stützen.

Die Kämpfer von Niederbarnim, die den Wahlkreis, den Stadtbagen ein Menschenalter lang vertrat dem Sozialismus erhalten wollen, haben einen schweren Kampf zu führen. Sie haben Wind und Sonne im Gesicht. Aber sie haben die Sache für sich, deren Banner sie tragen und daraus dürfen sie Zuversicht schöpfen. Sie stehen auf wichtigen Posten und sie werden der großen Aufgabe, die ihnen zugefallen ist. Ehre zu machen wissen.

Aus den Organisationen.

Köln. Nachdem in Köln den Unabhängigen Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen sehr lange nicht möglich war, wurde behördlicher die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung für Sonntag, den 17. Februar, gegeben. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß sie von vortrefflichem parteigenössischem Geiste erfüllt war. Sie war gut besucht. Als der Referent, Abg. Kunert, bei Erörterung der Friedensfrage die verbürgerlichte Sozialdemokratie wegen ihrer darin bewiesenen zweideutigen Haltung scharf kritisierte und über Eroberungs- und Verteidigungskrieg sprach, stand der überwachende Polizeikommissar auf und erklärte die Auflösung der Versammlung. — Diese Handlung löste eine Fülle von Protesten aus. Genosse Kunert faßte kurz entschlossen die Menge der Protestrufe zusammen in einem mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen dreifachen Hoch auf unsere Ziele.

Unvorsichtig!

Wir finden in einem Bericht des Karlsruher Volksfreunds über die dortigen Landtagsverhandlungen (Zweite Kammer) einen internationalen Stoff. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rösch hat sein Veto eingelegt gegen die Kapitalienverbringung nach der Schweiz; er fordert von der Regierung Maßnahmen zur Verhütung weiterer derartiger Fälle, wie er ihr schon einen namhaft gemacht hatte. Es handelte sich um die Verbringung einer Summe von 100 000 Mark nach der Schweiz durch einen Geschäftsmann. — Wie man den Geldverkehr mit einem Staate neutraler Art, mit dem ein gegenseitiger Warenaustausch reger Art besteht, durch ein Verbot einseitig aufzuheben vermag, darüber scheint sich weder der Abgeordnete Rösch, noch die Regierung im klaren zu sein. Den Kapitalisten Deutschlands könnte es nicht schwer fallen, mit den Schweizer Banken Geschäfte im großen zu machen. Vielleicht ist es dem Abgeordneten Rösch, der täglich aus seiner badischen Heimat zur Arbeit in die Schweiz geht, nicht unbekannt, daß zur Zeit des Sozialistengesetzes unsere Partei darauf angewiesen war, mit ihren gesammelten Fonds in die freie Schweiz zu flüchten, um sie dort gegen die deutsche Puttkamerei sicher anzulegen. Vielleicht ist ihre Zeit nicht mehr ferne, wo die Sozialdemokratie wieder des schweizerischen Gastrechtes für Personen und Unterstützungsgelder benötigen könnte.

Gewerkschaftliches.

„Zur wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter" schreibt die Bergarbeiterzeitung in einem Artikel Bergarbeiterschutz und Wahlreform:

Das Blatt führt aus, daß der gesetzliche Bergarbeiterschutz in Deutschland weiter hinter dem ausländischen zurückgeblieben sei, weil es die Landtage, vor allem das preußische Dreiklassenparlament, an dem nötigen Arbeiterschutz hätten fehlen lassen. Selbst Regierungsvorlagen wären verhungt worden. Die Bergarbeiterzeitung sagt dazu:

„. . . Deshalb ging die körperliche Verfassung der Bergarbeiterschaft schon vor dem Kriege in trauriger Weise zurück, Krankheiten und Unfälle nahmen rapide zu, frühzeitiger trat die Invalidität ein und die sozialwirtschaftlichen Leistungen an Kranke, Invaliden, Witwen und Waisen sind zum Leben viel zu gering. Darum herrscht auch aufrichtiger Willkür im Arbeitsverhältnis, es das Gedingewesen eine unerschöpfliche Quelle von Skandalen, fehlt es an gesicherter Entlohnung, werden schwächliche jugendliche und weibliche Arbeitskräfte weit über Gebühr ausgenutzt. Das alles hat die Bergarbeiterschaft während des Krieges mit Hinblick auf die Notlage des Gemeinwesens ertragen, sie hat schwere Opfer gebracht zur Erhaltung von Reich und Staat. Hat es ertragen in der Hoffnung, daß die von der Reichsregierung schon 1914 verheißenen inneren Reformen, die von dem Kaiser und König 1917 feierlich angekündigte Reformirung des Preußischen Landtages zur Tatsache würde. Jetzt aber sieht die Bergarbeiterschaft, daß agrarisch-konservative, großkapitalistisch-scharfmacherische Nichts-als-Machtpolitiker dabei sind, mit ihrem Anhang die Hoffnungen der Bergarbeiterschaft auf besseren Lebensschutz, der nach den schweren Entbehrungen des Krieges doppelt nötig ist, zuschanden zu machen."

Das Bergarbeiterorgan konstatiert, daß ihm zahlreiche Zuschriften aus Bergarbeiterkreisen zugegangen seien, deren Ton auf die Erklärung gestimmt sei: „Wir sollen um die Reform betrogen werden." Das Blatt warnt in ernster Stunde die Zerstörungswütigen. Der Artikel gewährt einen Einblick in die wirklichen Verhältnisse der Bergarbeiter und er gibt die Stimmung wieder, die jetzt in regierungssozialistischen Kreisen herrscht. Wie war es doch im Sommer 1917? Da wurde über eine „friedliche Umwälzung" in Deutschland geschrieben; ihre „Erfolge" wurden gepriesen, und jetzt muß man konstatieren, daß eigentlich nichts erreicht worden ist, daß sich die Lage der Arbeiter verschlechtert hat. Das alles beweist, wie notwendig es ist, an den alten Grundsätzen der sozialistischen Politik festzuhalten.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Februar 1918.

Anmeldungen von Konfirmanden

zur Teilnahme an der Jugendweihe, die der Arbeiterbildungs-Ausschuß und der Freidenkerverein Halle am Sonntag, 24. März, im Volkspark veranstalten, werden in den nächsten Tagen noch an den folgenden Stellen entgegengenommen: Hermann Franke, Gustav-Herzberg-Straße 7, Gustav Schmidt, Volksbuchhandlung, Harz 42-44, und am Büfett des Volksparks, Burgstraße.

Von den Arbeitereltern, die sich innerlich von dem Kirchen-Christentum losgelöst haben und von denen zu Ostern Kinder die Schule verlassen, sollte niemand versäumen, diese Kinder an einer Schulentlassungsfeier teilnehmen zu lassen, wie sie allein dem proletarischen Denken und Fühlen und der Weltanschauung des Sozialismus entspricht!

Gold, Juwelen und Patriotismus.

Seit Jahresfrist wird in der Presse und in Aufrufen in fast täglich wechselnder Form die Mahnung an die goldbesitzenden Volkskreise: „Gebt Gold für Eisen!" gerichtet. Man glaubte an „maßgebender Stelle" und in weiten Volkskreisen annehmen zu dürfen, daß diese Mahnung einen wenigstens einigermaßen befriedigenden Erfolg haben werde. Die offiziellen Goldaufkaufstellen entstanden, das Sammelwerk begann. Wer aber Gelegenheit hatte oder sich aus Interesse an der Sache bemühte, nähere Einblicke in diese kriegswirtschaftliche Aktion zu gewinnen, der mußte, wie das H. E. betont, die Erfahrung machen: es waren zumeist Leute der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, die ihren geringen aber für sie doch auch vielfach wertvollen Besitz an Gold zur Aufkaufstelle brachten. Wie viele sogenannte „gewöhnliche" Leute mögen da wohl von so manchem in ethischer Hinsicht für sie wertvollen Stück sich getrennt haben. Und immer wieder lesen wir in den Blättern Mahnungen der Geldaufkaufstellen: Wer noch Gold, Perlen, Juwelen habe, der möge sie durch Verkauf dem Vaterlande geben, denn „Gold und Juwelen gehören jetzt dem Vaterland!" Und wie so oft schon, wird diese Mahnung begründet mit dem Hinweis auf die Tatsache: daß das Vaterland Gold zur Deckung für die ausgegebenen Banknoten, die Reichsbank Juwelen und Gold gebraucht, um im neutralen Ausland Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen. Es wird eindringlich gemahnt: „Kein guter Deutscher darf jetzt Gold und Juwelen behalten, weil jeder wissen muß, daß wir beides für unsere Rüstung und zum Durchhalten brauchen. Darum heraus mit dem letzten Gold, mit den Perlen und Juwelen aus den Schränken und Truhen, aus den Stahlfächern der Banken!"

Dieses immer wiederholte Mahnen an die Erfüllung vaterländischen Pflicht läßt erkennen, wie es in gewissen wahrlich nicht kleinen Kreisen der sogenannten „besseren, ...d besten Gesellschaft", die sich immer gerieren als die General- und Erbpächter echt patriotischer Gesinnung, mit dieser Gesinnung, mit dem politischen, nationalen Gewissen in Wirklichkeit bestellt ist. Genau so, wie mit dem sozialen Gewissen, schlecht, sehr schlecht! In diesen Gesellschaftskreisen wird noch ein gewaltig großer Gold- und Juwelenbesitz mit einer geradezu

---

94]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Nachdem die Flasche geleert war, sprachen sie auch noch dem Kruge zu, scherzten über die Geisterjäherei des Bäckers und begaben sich endlich wieder auf ihren Posten zurück. Der Bäcker begleitete sie, schloß die Haustüre hinter ihnen vorsichtiger als gewöhnlich und ging wieder in seine Stube. Aber wer vermag sein Entsetzen zu beschreiben, als er seinen furchtbaren Gast an derselben Stelle und in der gleichen Haltung wie vorhin am Tische sitzen sah. Langsam und ruhig, aber mit dem strengen Blicke eines Richters, wendete dieser sein Gesicht nach ihm hin. „Elender Hund," sagte er, „hab' ich dir je in meinem Leben etwas zuleid' getan? Kannst du's vor deinem Weib verantworten, daß du den Verräter an mir gemacht hast? Sie würde dich nicht mehr ansehen, wenn sie noch lebte. Geh, du bist nicht wert, in deim Stuhl zu sitzen, der so oft ihr Schmerzenslager gewesen ist."

Der Bäcker zitterte und hatte alle Fassung verloren.

Der Gast schlug ein Geldstück auf das dem Wirt durch Mark und Bein ging. „Was seid ihr doch für erbärmliche Dummköpfe!" rief er. „Ihr habt mich gesehen, angeführt und in der Hand gehalten, und habt mich doch mit allen euren Sichern nicht gefunden."

Der Bäcker starrte ihn mit irren Blicken an. Der Schreckliche stehend, nach ihm aus und war feig genug, zur Verminderung ihm jedes Wort, das gesprochen worden war. Dem Bäcker kribelte der Kopf.

„Dummer Tropfi da, in der Bouteille bin ich gesteckt!" rief jener endlich höhnisch.

Der Bäcker fiel auf die Knie, streckte die Hände wie um Gnade flehend, nach ihm aus und wartete genau, zur Verminderung seines eigenen Kerbholzes, ihm zu verraten, welches Gelüstde der Fischer, der Müller und dessen Knecht gesein.

„Jetzt hol mir frischen Wein, hast mich lang genug warten lassen. Ich will dich noch einmal auf die Probe stellen, aber ich folge dir unsichtbar. Wenn du mir einen falschen Tritt tust, so sitz' ich dir im Nacken und will dich reiten, bis du nach Gott jöreien sollst. Und misch mir den Wein nicht, Schuft, oder du sollst mir keines natürlichen Todes sterben."

Diesmal brauchte er nicht an der Türe zu lauschen, denn der Bäcker hatte sie weit offen gelassen. Er hörte ihn den richtigen Weg nach dem Keller einschlagen, aus welchem er bald wieder zurückkam fast wahnsinnig vor Angst, die sich erst etwas legte, als er das Gebrenk nicht mehr hinter sich vermuten mußte, sondern leibhaftig vor sich am Tische sitzen sah. Der Unhold stellte ihm die mißliche Aufgabe, sich zu besinnen, welche Strafe er durch seinen Verrat verdient habe, und trank, während der Bäcker alle Qualen der Todesangst ausstand, seinen Wein langsam und behaglich aus. Dann erhob er sich mit den Worten: „Wenn ich wiederkomme, so laß dir keinen solchen Spaß mehr einfallen, ich könnt' ein andermal ernsthafter aufgelegt sein. Was schaust denn so nach meinem Fuß?" fuhr er ihn an. „Ja so, du bist neugierig, ob sein Verdeckis zum Vorschein komme. Nein, dummer Kerl, das Ding sitzt nicht im Fuß. Sieh, da sitzt's!" Er klopfte ihm mit dem Knöchel des Fingers an den Kopf, wie man ein Faß klopft, aber so stark, daß der Bäcker beinahe zu Boden fiel. Dann verließ er das Haus, und der Bäcker schloß abermals die Türe, aber ohne den beruhigenden Glauben, daß diese Markegel ihm irgend eine Sicherheit zu gewähren vermöge. Er dachte nicht mehr an das Baden, sondern löschte schnell die Lichter und schlüpfte angekleidet, von Angst und Fieber geschüttelt, in sein Witwenbett.

Der Gedichte ging nach der einzigen Heimat, die er noch in seinem Vaterorte hatte, obwohl auch diese für ihn unzuverlässig geworden war. Er drückte den Riegel der Hintertür, den Finger durch die Türspalte drängend, leise zurück, und nach wenigen Augenblicken stand er vor dem Bette seiner Schwiegermutter. Auch dieser drang ein eisiger Schreck durch die Gebeine, als sie, plötzlich erwachend, in ungewissem Sternenlichte eine geisterhafte Gestalt mit aufgehobenem Finger vor sich stehen sah und alsbald ihren verratenen Schwiegersohn erkannte.

„Welchen Judaslohn habt ihr für die Auslieferung gekriegt?" fragte er.

Sie vermaß sich mit den höchsten Schwüren, daß sie weder etwas bekommen noch etwas verdient habe und daß der Ueberfall ihr selbst ganz unverlesens gekommen sei. Er ließ den Verdacht, der rege in seinem Gemüt als an bestimmten Beweisen haftete, auf sich beruhen und weckte seinen Knaben. Der kleine lächelte ihn mit halboffenen Augen wie im Traume an.

„Da sieht, Friederle, daß dein Vater frei ist. Brauchst dich nicht zu grämen. Wissst mit?"

„Er wird doch nicht das Kind durch die Wälder 'rumschleifen wollen!" rief die Alte lebhaft. „Ein Vater kann sein' Buben in dem Alter noch nicht pflegen."

„Er hat ja seine Mutter," antwortete er. „Sie ist frei und wohl aufgehoben."

„Gott sei Lob und Dank!" rief die Alte, sei es, daß eine menschliche Regung sie erfaßt hatte, oder daß sie ihn in guter Laune zu erhalten trachtete. „Aber wenn auch!" fuhr sie fort, „das ist kein Leben für ein Kind, und mein Hühnerauge sagt mir, daß noch einmal Schnee fällt. Laß Er mir nur den Buben da, ich geb' ihn nicht her."

Sie kannte ihn wohl und hatte die rechte Seite getroffen. „Wenn Ihr eine gute Ahne seid," sagte er, „so will ich fünfe grad' sein lassen. Aber fahret mir säuberlich mit den Kindern, das sag' ich Euch. Wo ich auch bin, mein Aug' zielt immer daher, und ich weiß immer, wie's bei Euch steht, so gut als wenn ich gegenwärtig wär'."

Er küßte die Kinder, von welchen das kleinere ruhig fortschlief, und wandte sich zum Gehen.

„Ich will noch einmal mit dem Sonnenwirt wegen der Ausstreuerung reden," rief ihm die Alte nach. „Wo er sich mit der Christine aufhält, will ich nicht fragen, damit Er sich mit ihr mißtrauisch wird. Er kann sich ja von Zeit zu Zeit erkundigen oder durch vertraute Leut' anfragen lassen. Und halt Er sich nicht hier auf, das Klima ist nicht gesund für Ihn."

„Schon recht, aber erst tu' ich noch einen Tuck," antwortete er und war verschwunden. Die Alte fuhr unter die Decke und murmelte ein langes Dankgebet für ihr glückliches Entrinnen.

Am anderen Tage geriet der Flecken in eine unaussprechliche Aufregung, als man die Begebenheiten der verflossenen Nacht erfuhr. Außer dem Besuche bei dem Bäcker, der infolge der erlittenen Schreckniße krank darniederlag, hatte der Sonnenwirte noch ein weit tolleres Stück verübt. Er war auf unerklärliche Weise in das Haus seines Todfeindes, des Fischers, eingedrungen, hatte diesen nebst dessen Frau aus ihrem zweischläfrigen Bette aufgescheucht, sich's auf denselben bequem gemacht und das Ehepaar mit vorgehaltenem Gewehr gezwungen, ihm die ganze Nacht Gesellschaft zu leisten. Knebend vor Wut, hatte der Fischer es gleichwohl nicht wagen dürfen, einen Fuß zu rühren oder einen Laut von sich zu geben, und war der Gewehrmündung des schwergereizten Feindes, so wie einem bitter höhnenden Witze eine endlose Nacht hindurch preisgegeben gewesen, während nicht weit davon auf dem Rathause für die allgemeine Sicherheit gewacht wurde. Vor Tagesanbruch hatte der Eindringling das Haus unter den gräßlichsten Drohungen und mit feierlicher Wiederholung des Schwures, daß er den nächsten Angriff unnachsichtlich mit einer Kugel bestrafen werde, verlassen, ohne jedoch dem Fischer ein Haar gekrümmt zu haben, und zufrieden mit der Angst, die er ihm hatte ausstehen lassen. Zu Fortgehen aus dem Flecken hatte er sich sodann noch dem oberen Müller ins Andenken eingeschrieben, indem er ihn mit einem Schuß durch das Fenster begrüßte, der aber, da er von unten noch oben ging und in die Decke schlug, nicht in gefährlicher Absicht versendet sein konnte.

Von diesem Tag an wurde der ausgestoßene Sohn des Sonnenwirts von dem im Banne des tiefsten Aberglaubens befangenen Volk zum Helden einer Sage erhoben, welche sein unmöbarbares Entkommen aus Mauern und Banden dem Bunde mit der Hölle zuschrieb. Der Armmann war in Verzweiflung, da dieser Herenglaube vollends alle Tatkraft lähmte und den zur Rache entflammten Flüchtling, dessen hellem Geiste sich hier ein neues Schreckensmittel darbot, zum unumschränkten Herrn des Fleckens zu machen drohte. Der Fischer und der Müller, dem sein Knecht blindlings folgte, erholten sich zuerst von den Schrecken jener Nacht, indem bei ihnen die Wut über den Aberglauben siegte. Besonders wurde der Fischer durch die Spötterreien des von ihm herausgeforderten Invaliden aufgestachelt, welcher keine Gelegenheit vorüberließ, auf die heimlichen Gastfreunde, die der Sonnenwirtle im Flecken habe, anzuspielen; und er beteuerte sich zu wiederholten Malen, daß er einen Schuß an die ausgesetzten hundert Gulden rücken wolle, verschwor sich auch förmlich mit den beiden anderen Leidhabern seiner Rache den Verhaßten aufzufassen und ihn lieber tot als lebendig dem Amte zu überliefern. Die übrigen Bürger aber fühlten wenig Lust, es mit einem Zauberer aufzunehmen, der vor seiner Verfolgern sich in eine Halbmaßflasche verkrochen oder in Pudelgestalt davonrennen konnte. So geschah es einst, daß zehn mit Schaufeln bewaffnete Männer, die ihm nahe bei dem Flecken begegneten, ungeachtet des auf seinen Kopf gesetzten Preises ihn nicht anzugreifen wagten. Sogar im Schlaf erweckte er Furcht, da man glaubte, daß er mit geschlossenen Augen zu sehen vermöge. Zwei Postknechte fanden ihn neben der Landstraße an einem Raine sorglos eingeschlafen; einer hatte nicht das Herz, sich ihm zu nähern, und riti davon; der andere aber wagte, ihn zu wecken und ihm bemerklich zu machen, daß er hier nicht sicher sei. Ob jedoch bei solchen Vorgängen nur die Furcht und nicht auch eine menschliche Teilnahme an dem Lose des Unglücklichen mitgewirkt habe, das ist eine Frage, über welche das menschliche Herz wohl kaum einen Zweifel haben wird.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180222-13/fragment/page=0005

brutalen Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit festgehalten. Dieser Besitz hat sich nicht etwa vermindert durch freiwillige Abgabe an die Auflaufstellen, nein, er hat sich außerordentlich vermehrt. Und dazu hat ja leider die Reichsgesetzgebung selbst die Hand geboten. Als im Reichstage die Frage der Kriegsgewinnbesteuerung zur Entscheidung stand, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, auch Kunstwerte aller Art, so auch kunstgewerbliche Gegenstände aus Gold und Juwelen, der Besteuerung zu unterwerfen, um der Steuerhinterziehung vorzubeugen. Daß die Ablehnung dieses Antrages durch die Reichstagsmehrheit und der Regierung ein unverzeihlicher Fehler war, trat dann alsbald sehr deutlich in die Erscheinung. Die Kriegsgewinnler und die Kriegswucherer verstanden sich sogleich sehr gut darauf, diese Art der gesetzlich geradezu freigegebenen Steuerhinterziehung zu betreiben. Es setzte eine tolle Spekulation mit Gold- und Juwelenwerten ein, ein unerhörter Wucher mit solchen Werten griff Platz, worüber unter anderm die Annoncenspalten betr. Ankauf von Gold, Perlen, Juwelen belehren konnten. Man konnte sich besonders in Berlin und auch hier in Hamburg übergezogen, welch glänzende Geschäfte die Gold- und Juwelenhändler machten. Mit wem? Mit den guten „Patroten", die mühelos aus Kriegslieferungen, durch Wucher, Betrug und Gaunerei aller Art sich zum schwersten Schaden des Landes bereichern konnten. Und das alles, während unausgesetzt, in dringendster Weise die offizielle Mahnung erging: „Gebt euer Gold dem Vaterlande!"

Die neueste Mahnung weist nicht nur hin auf das Gold und die Juwelen in den Schränken und Truhen, sondern auch auf die Schätze, die in den Schrankfächern der Banken liegen. Aber kann nach den gemachten Erfahrungen noch glauben, daß diese Mahnung den im nationalen Interesse so notwendigen Erfolg haben könnte? Da kann nur eins helfen: Die zwangsweise Enteignung, die Beschlagnahme!

Die Lotterie im Kriege.

Auch in der Kriegszeit spielen Lotteriegewinne und -Nieten eine Rolle. Es wird weiter gespielt. Das geht auch aus dem neuen Haushaltsplane der preußischen Lotterieverwaltung hervor, der jetzt dem Preußischen Landtage vorgelegt worden ist. Er enthält sehr bemerkenswerte Feststellungen. Die Einnahmen der preußischen Lotterieverwaltung betragen fast 200 Millionen Mark, und zwar kommen aus dem Verkaufe der Lose rund 145 Millionen Mark. Das ist das Spielgeld zweier Lotterien, die alljährlich veranstaltet werden, und bei denen je 498 000 Stammlose und 40 000 Freilose ausgegeben werden. Bedenkt man, daß ein großer Teil der Lose noch in Zehntel-Teile zerlegt ist, so kann man feststellen, daß die Zahl der Lotteriespieler viele Millionen beträgt. Aus dem Verkauf verkaufter Lose und abgelehnter Freilose wurden 210 000 Mark erzielt. Die Reichsstempelabgabe erbrachte 30 Millionen Mark. Die Gewinnabgabe des Staates betrugen 22 Millionen Mark. Schließlich verzinsten noch ein paar hundert glückliche Gewinner, ihren Schatz abhebend, den Staate 40 000 Mark zu. Gegenüber diesen 200 Millionen Mark Einnahmen belaufen sich die Ausgaben der Lotterieverwaltung auf etwa 175 Millionen Mark. Den Hauptteil nehmen natürlich die Gewinne in Anspruch, die mit 145 Mill. Mark verrechnet werden. Sie stehen also in derselben Höhe zu Buche wie die Einnahmen aus dem Verkaufe der Lose. Der Ueberschuß für den Staat ergibt sich aus den planmäßigen Gewinnabzügen, die sich auf 15½ Prozent belaufen. Es gibt auch „Uebergewinne", so nennt man nämlich jetzt, was früher „Prämien" hieß. Die Lotterieeinnehmer erhalten die staatlichen Gewinnabzüge von 2,1 Millionen Mark. An Verwaltungskosten treten zu den Ausgaben hinzu etwa 200 000 Mark. Dazu kommen noch die Geschäftsbedürfnisse, die Kosten der Lotterie-Ziehungen usw. in Höhe von rund 250 000 Mark. Für die an der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie beteiligten Staaten werden an Renten 6,2 Millionen Mark bezahlt und verbleibt dem Staate aus dem Lotteriegeschäft noch ein Ueberschuß von 13,5 Millionen Mark. Das ist eine erhebliche Steuer, die alljährlich dem Staatssäckel zufließt — und es ist die einzige Steuer, die freiwillig gezahlt wird.

Der Kleinwohnungsbau in Halle

soll angeblich nach dem Kriege, wie schon mehrfach berichtet wurde, tatkräftig gefördert werden. Um dem zu erwartenden Mangel an Kleinwohnungen vorzubeugen, hat die Ortsgruppe Halle der Deutschen Gartenstadtgesellschaft ihre schon früher verfolgten Pläne zur Erbauung einer Kleinwohnungssiedlung erneut aufgegriffen. Im Verlauf dieser Vorarbeiten hatte die Ortsgruppe gemeinschaftlich mit dem vorbereitenden Ausschuß zur Begründung eines gemeinnützigen Bauvereins für Errichtung von Kleinwohnungen am Mittwoch nachmittag nach der Aula der Handwerkerschule die interessierten Kreise, insbesondere Vertreter von Handel, Industrie und Handwerk, der Stadtverwaltung, der Universität usw. zu einer Vorbesprechung eingeladen. Der Einladung war ein Aufruf beigegeben, welchem wir folgendes entnehmen: Im Süden der Stadt soll auf städtischem Gelände eine Kleinwohnungssiedlung erstehen, welche nach fertigem Ausbau etwa 300 Familien Unterkunft bieten wird. Die zu erbauenden Kleinwohnungen sollen nach Größe und Preis dem Lebensaufwande der arbeitenden Klassen, Fabrikarbeiter, Angestellten, Unterbeamten usw. entsprechen, vorzugsweise in Einzelhäusern angeordnet werden, so daß jeder auf seinem Grundstücke für sich wohnt, bei Etagenhäusern aber nur in beschränkter Anzahl in einem Hause zusammen. Jeder Wohnung soll möglichst ein Gartenanteil beigegeben werden, bei Einzelhäusern auch etwas Stallung für Kleinvieh. Die Wohnungen sollen 3, 4 und 5 Zimmer erhalten und die billigste Jahresmiete im Etagenhaus bei etwa 800 Mark, im Einzelhaus bei etwa 400 Mark anfangen.

Die Vorarbeiten sind im Einvernehmen mit dem Magistrat betrieben worden, auch hat der Vorstand der Handelskammer seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, der Gründung fördernd zu sein. Die gutbesuchte Versammlung folgte, wie man uns berichtet, mit Interesse den Darlegungen, welche über Zweck, Ziel und die zunächst beabsichtigten Maßnahmen des zu begründenden Bauvereins der Vorsitzende, Geheimer Justizrat Dr. Keil, und in einem ausführlichen Vortrage Regierungsbaumeister a. D. J. Kallmeyer gaben. Der Verlauf der Besprechung, wie auch die bereits in großer Anzahl vorliegenden Anmeldungen und Anteilzeichnungen lassen erkennen, daß die beabsichtigte Gründung als gesichert angesehen werden kann. — Wie man uns mitteilt, wird der Ausschuß in aller Kürze die Gründungsversammlung einberufen und den vorliegenden Plan der weiteren Oeffentlichkeit unterbreiten, um weiteren Kreisen Gelegenheit zum Beitritt zu geben.

Neue Bekanntmachungen.

An städtischen Lebensmitteln gibt es am Sonnabend: Eier in der Talamtschule auf die Nummern 59 501 bis 67 000; Quark für Kinder auf die Nummern 28 001 bis 42 000 und grüne Heringe auf die Nummern 7001 bis 10 500 und 68 001 bis 67 000.

* **Ein Bureaudirektor für die Stadtverwaltung** soll angestellt werden. Da zu den in der städtischen Beamtenbesoldungsordnung vorgesehenen Sätzen keine erste Kraft gefunden werden kann, soll eine Stelle geschaffen werden mit 5000 bis 7500 Mark Gehalt. Falls die Stadtverordneten-Versammlung zustimmt, sollen Bewerber durch Ausschreibung gesucht werden. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten beschloß demgemäß.

* **Erhöhung der Desinfektionsgebühren.** Infolge der Teuerung des Materials und dem Steigen der Löhne für die Ausführenden, sieht sich der Magistrat genötigt, die Kosten für Desinfektion zu erhöhen. Die Gebührensätze selbst sollen nicht verändert werden, doch soll ein Kriegszuschlag von 50 Prozent erhoben werden. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten stimmte dem zu.

* **Ein Geschenk von 10 000 Mark hat Herr Weise** (Firma Weise u. Monsky) der Stadt Halle überwiesen. Es soll zur Unterstützung Armer und verschämter Armer verwandt werden. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten nahm das Geschenk mit Dank an.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 25. Februar 1918,** nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. Fluchtlinienänderung des Kirchplatzes an der Ludwigstraße. Landerwerb an der Ludwigstraße und Ausbau der Röpziger Straße. Vergleich betr. Schulunterhaltungskosten-Beiträge. Festsetzung eines Stellengehalts. Erhebung eines Kriegszuschlags zu den Desinfektionsgebühren. Nachbewilligung für Stadtbad. Annahme einer Schenkung. Antrag betr. Schulreform. — Nichtöffentliche Sitzung. Schiedsmannswahl. Annahme eines Angebots. Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage.

* **Ausgabe der Sämereien durch den Bund für Volkskraft.** Trotz aller Benachrichtigungen hat bis jetzt nur ½ aller Besteller die vom Bund besorgten Sämereien abgeholt. Diejenigen, die die Abholung verhindert haben, haben es sich nun selbst anzuschreiben, daß sie leer ausgehen. Montag, den 25. d. M., beginnt die Ausgabe der Erbsen und Bohnen. Es wird gebeten, Düten und dergl. mitzubringen. Es sei auch nochmals darauf hingewiesen, daß ohne Vorweisung der Ackerkarte die Ausgabe des Saatgutes nicht erfolgen kann. E. Abderhalden.

* **Warnung vor Kurpfuscherei.** Von der städtischen Rechtsauskunftstelle wird uns geschrieben: Seit Jahr und Tag befaßt sich ein gewisser Martin Boerner in Halle (Saale) mit der Herstellung und dem Vertrieb eines Tees gegen Rheumaleiden. Bei der Anpreisung des Tees geht er in der von den Kurpfuschern beliebten Weise vor. In der Person eines gewissen Karl Brandt aus Halle hat er einen willfährigen Helfer gefunden. Dieser erbietet sich in zahlreichen Zeitungsanzeigen zur kostenlosen Erteilung einer Auskunft darüber, wie man Rheumatismus, Ischias und Gicht selbst bekämpfen kann. Um der ganzen Sache einen besseren Anstrich zu geben, nennt Brandt sich „Kriegsschutzkomitee a. D.". Neuerdings will Boerner dazu übergehen, eine Broschüre über Rheumatismus und Gicht zu schreiben. Ein Auszug aus der Broschüre soll allen, die von einem derartigen Leiden geplagt sind, vollständig kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit zugestellt werden. Um nun diese „Alle" in möglichst weitem Umfange beglücken zu können, wendet er sich mit recht naiv gehaltenen Schreiben an allerhand Leute mit der Bitte um Mitteilung der Anschriften von Kranken. Martin Boerner ist nicht der Wohltäter, als der er sich ausgibt. Er hat es darauf abgesehen, Kranke auszubeuten. Es schwebt auch bereits ein Strafverfahren gegen ihn und in jüngster Zeit hat das stellvertretende Generalkommando zu Magdeburg ein Anzeigenverbot gegen ihn mit folgender Erklärung erlassen: „Die Firma Martin Boerner in Halle (Saale) vertreibt unter der Deckadresse Karl Brandt einen Tee, den sie nach ihren Namen als Emboß-Tee bezeichnet. Der Tee soll gegen Rheuma, Ischias und Gicht wirken. Er besteht aus geschnittenen Birkenblättern. Der Preis ist wucherisch hoch." Nach alledem muß vor Boerner und Brandt dringend gewarnt werden. Wahrnehmungen über beide wolle man der Zentrale zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck oder der städtischen Rechtsauskunftstelle in Halle mitteilen.

* **Im Stadttheater kommt heute, Freitag, den 22.,** Richard Wagners Walküre zur Aufführung. Beginn 7 Uhr. Sonnabend, den 23., nachmittags 3 Uhr Schulervorstellung zu ermäßigten Preisen Maria Stuart, abends 7½ Uhr Das Dreimäderlhaus. Sonntag, den 24., nachmittags 3½ Uhr Volksvorstellung Jahrmarkt in Pulsnitz, abends 7½ Uhr Erstaufführung König für einen Tag, komische Oper von Adam. Montag, den 25., Die Fledermaus.

* **Im Volkspark** veranstalten morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr, die Leipziger Meysel-Sänger einen großen bunten Abend. Den Besuchern dieses Abends stehen einige heitere Stunden bevor. — Kinder haben keinen Zutritt.

* **Der Unterhaltungsabend des Hallischen Hausfrauenbundes** (vergl. Inserat) bringt ein recht abwechslungsreiches Programm. So unter anderm das Lustspiel Die Kochkiste von Georg Irrgang. Wer Glück hat, kann auch eine Kochkiste mit nach Hause tragen, da eine Verlosung von Kochkisten den Abend beschließt.

* **Ein Kind von der Straßenbahn totgefahren.** Ein etwa sechsjähriger Knabe des Schuhmachermeisters Hein in der Reilstraße lief gestern abend gegen 6 Uhr beim Spiel achtlos vor einen Straßenbahnwagen. Das Kind zog sich so schwere Verletzungen am Bein und Kopfe zu, daß es nach kurzer Zeit starb. Den Wagenführer trifft anscheinend keine Schuld. — Der Vater des Kindes ist eingezogen und die Mutter in einer Lungenheilstätte.

* **Straßenbahn-Betriebsstörung.** Durch die Führungsstange eines Straßenbahnwagens wurde der Leitungsdraht der Straßenbahn von Kleinschmieden bis zur Talamtstraße heruntergerissen. Der Straßenbahnverkehr wurde hierdurch längere Zeit gestört.

* **Rietleben.** Die Zahl der Erkrankungen, besonders unter Kindern, hat auch hier in auffallender Weise zugenommen. Auch hat der Tod unter den Erkrankten, wie die vielen frischen Gräber beweisen, manches Opfer gefordert. Die klar zu Tage liegende Ursache ist natürlich der Mangel an Krankennahrmittel, die es hier so gut wie gar nicht gibt; für die Kinder wird überhaupt sehr unzureichend gesorgt, ja man achtet sogar mit Argusaugen darauf, daß, sowie ein Kind vier Jahre alt ist, ihm sofort die Milchkarte entzogen wird. Fleisch gibt's oft bloß 75 Gramm die Woche für ein Kind bis zu sechs Jahren. Ja, sogar an einwandfreiem Trinkwasser fehlt es zuweilen; die Wasserleitung ist beständig an irgendeinem Orte nicht in Ordnung. Leider scheint diese Seeschlange von Wasserprozeß den Krieg doch noch überdauern zu wollen, so daß hier ein Aufschwung vorläufig nicht zu erwarten ist.

— Die im März fälligen Gemeinderatswahlen sind auf ein Jahr verschoben worden. Vor zwei Jahren, als es galt, den Sozialdemokraten Waldheim aus dem Gemeinderate zu entfernen, hat man trotz des Krieges doch den damaligen Gemeindevorsteher Herrn Dr. Gaebelein veranlaßt, die Wahlen stattfinden zu lassen. Jetzt ist man so hübsch unter sich, die Arbeiter haben leider gar keine Vertretung, da ihre zwei Vertreter seit Kriegsbeginn eingezogen sind. Ueberhaupt scheint man gar keine Gemeinderatssitzungen mehr abhalten zu wollen. Es ist alles still geworden. — Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die Akten in der Affäre Hahn immer noch nicht abgeschlossen sind.

Zwintschöna. Die Geflügeldiebstähle greifen auch hier wieder um sich; dem kürzlich bei einem Besitzer in Bruckdorf ausgeführten nächtlichen Besuche, bei dem etwa 30 junge Hühner und einige Enten gestohlen wurden, folgten zwei in hiesigen Haushaltungen. Den Dieben fielen auch hier ansehnliche Hühnerbestände zur Beute.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Allerlei.

Kriegsgewinner-Katastrophen.

Die Elberfelder Freie Presse schreibt: Aufsehenerregende Vorgänge, die sich in Remscheid abgespielt haben, beschäftigen zurzeit die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter in Elberfeld. Es handelt sich um Steuerhinterziehungen in großem Umfange. In die Untersuchung verwickelt sind leitende Persönlichkeiten der bekannten Mannesmann-Werke in Remscheid, und zwar ein Generaldirektor und ein Direktor des Werkes. In Zusammenhang mit dieser Affäre gebracht werden muß der Selbstmord des Direktors Filzer von Mannesmann, der sich in einem Elberfelder Hotel erschossen hat, und zwar in der Nacht zum Sonntag. Der Generaldirektor ist verhaftet worden. Das mit großer Bestimmtheit verbreitete Gerücht, wonach die beiden Direktoren sich Unterschlagungen und Veruntreuungen von mehreren Millionen zum Nachteile der Firma Mannesmann hatten zuschulden kommen lassen, ist vollständig aus der Luft gegriffen und haltlos. Ueber die Höhe der in Betracht kommenden Steuerhinterziehungen erfahren wir, daß es sich um mehrere Millionen handelt. Uns wird die Summe von drei Millionen angegeben.

Der Direktor Filzer, der sich in dem Elberfelder Hotel erschossen hat, ist ein sogenannter Reisedirektor, der sein Einkommen auf 80 000 Mark angegeben hatte, während man bei einer Haussuchung in seiner Wohnung 200 000 Mark beschlagnahmte und außerdem mehrere Millionen in Wertpapieren auffand.

Der Firma Mannesmann haben die Direktoren allerdings nichts unterschlagen, sondern „nur" dem Vaterlande.

Die Grußweigerer.

Der Wiener Arbeiterzeitung wird aus Holland geschrieben: In Holland gibt es nicht nur Dienst-, sondern auch Grußweigerer. Die holländischen Soldaten, seit dreieinhalb Jahren mobilisiert, betrachten das viele Salutieren — man erschrecke nicht! — als eine unnütze Plackerei. Seit einiger Zeit ist eine Bewegung im Gange, die sich die Abschaffung des militärischen Grußes zum Ziele gesetzt hat. Das heißt der Widerstand der Soldaten richtet sich vielmehr dagegen, andere als die nicht unmittelbar Vorgesetzten zu grüßen. Viele dieser Grußweigerer halten es so, daß sie, um möglichst der Strafe zu entgehen, „passive Resistenz" leisten oder den Gruß irgendwie „sabotieren" . . . Eine der vielen Verordnungen, die sich gegen die „wachsende Neigung der Soldaten, das Grüßen zu umgehen, wo immer sie es mit Aussicht auf Straflosigkeit tun können", wendet, zählt mit großer Genauigkeit alle Tücken, Schlauheiten und Bosheiten der nicht grüßenden Sünder auf; daß sie sich zum Beispiel besonders die Dämmerung zunutze machen und so tun, als ob sie die Vorgesetzten nicht sähen, während sich andere wieder bei ihrem Nahen plötzlich einer Auslage zuwenden, um dort mit großem Interesse die Gegenstände zu besichtigen u. s. f. Es sei doch, so meint nach allerlei Ermahnungen und Drohungen in einem fast unmilitärisch-aussprechend klingenden Räsonnement der Ukas, keine „Erniedrigung", einen Vorgesetzten zu grüßen, der „kraft seiner Erfahrung und seines Wissens an einer höheren Stelle steht" . . . Worauf nach seiner bisherigen Weigerungslogik der holländische Soldat erwidern könnte, daß er ja nicht dem Wissen und der Erfahrung, sondern nur einer bestimmten, ihm überflüssig und lästig dünkenden militärischen Gepflogenheit die Anerkennung versagt. — Immerhin: wenn am Militarismus nichts anderes auszusetzen wäre als das Salutieren . . .

Das Geständnis eines Totschlages. Zweibrücken, 21. Februar. Von dem hiesigen Schwurgericht wurde am 15. d. M. der Kaufmann Otto Gebhard aus Pirmasens wegen Ermordung des Lederhändlers Walter Löwenthal aus Berlin auf Grund eines Indizienbeweises zum Tode verurteilt. Um der Todesstrafe zu entgehen, hat Gebhard jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt und erklärt, daß er seinen Geschäftsfreund Löwenthal während eines Streites in seiner Pirmasenser Wohnung mit einem Hammer erschlagen und die Leiche in der Nähe seiner Wohnung verscharrt habe. Die Leiche ist bereits aufgefunden. Angesichts der veränderten Sachlage wird vermutlich jetzt wieder ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet werden.

„Der Prophet Daniel und der Weltkrieg." Unter diesem Titel melden die Blätter: „Die Troyzkische Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes bedeutet, wie der astronomische Mitarbeiter des Berl. Lokalanzeigers meldet, eine der sonderbarsten Bestätigungen von Vorhersagen aus der ersten Zeit dieses Krieges, die sich auf eine Bibelstelle: Daniel 12, 11, beziehen: Diese lautet: „Und von der Zeit an, wenn das tägliche Opfer abgetan und ein Greuel der Verwüstung aufgerichtet wird, sind 1290 Tage." Rechnet man nun den Unterschied vom 1. August 1914 bis zum 11. Februar 1918 aus, so ergeben sich genau 1290 Tage."

Englische Sommerzeit. London, 20. Februar. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Sommerzeit am 24. März beginnen und am 29. September enden solle.

*

Nachträge zum Knigge.

(Winke für Besucher und Besuchte.)

Man gehe schnell fort nach einem Besuche. Es ist taktlos und auch peinlich für den Besuchten, wenn man so zögert, daß man dessen Gott sei Dank! noch hören muß.

Der gesellschaftliche Verkehr wird weit annehmer, wenn es keine unangenehmen Menschen gäbe, die sich genau an das erinnern, was man gesagt hat.

Man darf nicht allzu sehr seine Freude über einen Besuch zeigen, sonst merkt dieser schließlich, wie unangenehm einem die Störung ist.

Allgemeine Besuchsregeln: Man richte seine Besuche grundsätzlich so ein, daß niemand zu Hause ist, wenn man kommt.

Nach dem ersten erfolglosen Anläuten entferne man sich, damit man denen, die man besuchen will, ein allzu langes Sichruhigverhalten erspart.

Wegen Kohlenmangels ist es ratsam, beim Eintreten die Türe nicht zu weit zu öffnen, — am liebsten gar nicht.

G. A. M. (M. 8.).

Briefkasten der Redaktion.

H. M. u. S. B. Ist die Bestellung des Grabsteins unter der Voraussetzung aufgegeben worden, daß Sie erst nach Ihre Zustimmung geben müssen, so ist die Bestellung ungültig, wenn diese Zustimmung unterbleibt. Bei der genannten Firma sind übrigens solche Vorgänge nichts Seltenes.

S. 100. Wir können wirklich nicht wissen, ob das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt besondere Dienstauszeichnungen verleiht und wie sie zu erlangen sind. In solchen Dingen besitzen wir gar keine Erfahrung.

O. 100. Selbstverständlich muß auch jetzt im Kriege die übliche bzw. vereinbarte Kündigung der Wohnung eingehalten werden. Wenn Sie aber als Kriegsteilnehmer nicht freiwillig ausziehen, können Sie nicht zwangsweise herausgesetzt werden.

G. B. 361. Es kommt doch ganz darauf an, was über die Kündigung der Hypothek vereinbart ist. Ist darüber nichts festgelegt, so ist die Unterlassung der Zinsenzahlung ein Grund zur Kündigung.

U. 9. Ein „Anspruch" auf die höhere Löhnung und Beförderung besteht überhaupt nicht.

H. B. Eine Person, die Invalidenrente bekommt, kann nicht auch noch Altersrente bekommen. Es wird nur eine Rente von beiden gewährt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180222-13/fragment/page=0006